

WAS DIESES HEFT BRINGT

	Seite
<i>Aus einem Brief</i> Was krepelt ein Zeitraum von mehr als hundert Jahren nicht alles um.....	3
<i>Johannes-H. Meyer</i> Die Eingliederung der Herzogtümer Schleswig und Holstein in Preußen 1867	5
<i>Hartwig Schlegelberger</i> Möge man in Bonn erkennen	10
<i>Troels Fink</i> Hundert Jahre danach	12
<i>Brandt / Klüver</i> Landesgeschichte und Gegenwart	22
<i>Hans Peter Johannsen</i> Noch einmal: Schleswigertum	24
<i>Aus dem „Nordschleswiger“</i> ... und wer hat nun recht?.....	27
<i>Jes Schmidt</i> Der weite Weg der deutschen Volksgruppe in Nordschleswig	30
<i>Hans Peter Johannsen</i> Erfahrungen und Tendenzen 1962-1966	39

Hinweis: Diesem Grenzfriedensheft 1/1967 liegt sowohl das Register für die Jahrgänge 1965 und 1966 bei, als auch das Mitgliederverzeichnis des Grenzfriedenshundes nach dem Stande vom 31. Dezember 1966.

Die Grenzfriedenshefte erscheinen vierteljährlich und werden herausgegeben vom Grenzfriedensbund. Den Mitgliedern werden sie frei geliefert. Andere Bezieher (Nichtmitglieder) können sie für jährlich 2,— DM beim zuständigen Postamt unter der Verkehrs-Nr. V 3339 F abonnieren. Für die mit Autornamen versehenen Beiträge zeichnen die Verfasser verantwortlich. — Redaktion: Ernst Beier, Flensburg, Waldstraße 40. Geschäftsstelle: Husum, Theodor-Storm-Straße 9. Druck: Christian Wolff, Graphische Betriebe, Flensburg.

GRENZ- FRIEDENS- HEFTE

*Aus einem Brief
an den Vorsitzenden des Grenzfriedenshundes:*

WAS KREMPelt EIN ZEITRAUM VON MEHR ALS HUNDERT JAHREN NICHT ALLES UM...

... Außerdem möchte ich etwas loswerden, das ganz gut verträgt, schriftlich dargelegt zu werden.

Den Anlaß fand ich in dem mit Dank erhaltenen Grenzfriedensheft 4/66 mit dem Beitrag „Erster — Letzter — Schleswiger?“ und in Theodor Fontanes „Lehenszeugnissen“, 20—30, Kapitel 4: Theodor Storm.

Zufällig las ich beides zu ungefähr derselben Zeit, wie es ähnlich hin und wieder vorkommt. Da stieß es mir auf, daß sich in der Wertschätzung, derer Storm sich bei den „Tunnel“-Mitgliedern erfreute, und derjenigen, derer Sie sich, lieber Herr Doktor Johannsen, bei ihren Zeitgenossen erfreuen, ein hübsche, allerdings schräge Parallele — wenigstens von mir so empfunden — auftut.

Zur Sache, Fontane: „... wenn's aber zum Letzten und Eigentlichsten kommt, was ist dann, um nur ein halbes Jahrhundert als Beispiel herauszugreifen, die ganze schleswig-holsteinische Geschichte neben der Geschichte des Alten Fritzen! Allen möglichen Respekt vor König Erich und Herzog Abel, ... aber gegen Hochkirch und Kunnersdorf ... geht doch dieser ganze Kleinkram in die Luft. Diesen Satz will ich vor Gott und den Menschen vertreten.“

Weiter: „...und daß er [Storm] dies Einsehen nicht hatte ..., das lag an seiner das richtige Maß überschreitenden, lokalpatriotischen Husumerei, die sich durch seine ganze Produktion hindurchzieht.“

Diese Stelle ist Ihnen natürlich bekannt, ebenso, daß der Vorwurf der Husumerei hinlänglich widerlegt worden ist. Können ähnliche Vorwürfe nicht auch anderen gemacht werden: Hamsun, Thomas Mann und Fontane selbst? Ludwig Thoma? Doch nun geht's weiter: Dr. Hans Peter Johannsens Friedensarbeit war, als ich

mich noch im Dienst befand, manchmal Gegenstand tiefsinniger Unterhaltungen im Kollegenkreis, ebenso, wie es im besonderen die „Flensburger Tage“ waren. Da urteilte dann der eine oder andere gröblicherweise etwa so: Was soll der ganze Kram? Kostet bloß Geld. Das interessiert doch nur einen kleinen Kreis. Friede und Verständigung, gut, aber das kommt ohnehin zurecht. Unausgesprochen blieb, mangels literarischer Kenntnisse, nur noch das Wort von der „Schleswigerei“.

Was mich dabei angeht, so habe ich bei den Gesprächspartnern von einiger Einsicht etwa so erwidert (ein wenig aufpoliert): Geographisch und großpolitisch ist der Raum freilich eng, und hinter Hamburg weiß „der Mann auf der Straße“ kaum etwas. Um ein guter Mensch zu sein, braucht man ja nicht gleich eine Million zu geben, die man nicht hat. Wenn man mit dem, was man hat, ein wenig hilft, so ist das auch schon etwas. Wenn man sich nicht um den Frieden in Vietnam bemühen kann, so ist doch hierzulande etwas möglich.

So ungefähr, nachträglich aufpoliert und dem Sinn nach, suchte ich Ihre Arbeit zu rechtfertigen, indem ich mich dessen bediente, was ich aus Gesprächen mit Ihnen zu wissen glaubte.

Und nun sagen Sie es ganz einfach und klar, jedem, auch dem „Mann auf der Straße“ verständlich: „Was wir wollen, ist in Wirklichkeit nicht so kompliziert. Wir sollen uns nur gegenseitig erlauben und ermöglichen, es uns gemütlich zu machen, voneinander zu lernen, uns gemeinsam zu erfreuen an den herrlichen Anekdoten, die wir besitzen, deren Pointen in vielen Fällen gerade in der Mischung der beiden Sprachen liegen, all jenes, das ein Gefühl der Zusammengehörigkeit in einer gemeinsamen Heimat, in der man auch dasselbe europäische Erbe verwaltet, hervorruft.“

Lieber Herr Johannsen, das ist sehr schön und auch mutig, denn wer gibt sich wohl mit solch bescheidenem Programm zufrieden? Ich fürchte, das könnte einigen besoldeten und auch unbesoldeten Politikern sauer aufstoßen. Oder ist diese Rasse ausgestorben? Im übrigen: Was krepelt ein Zeitraum von mehr als hundert Jahren nicht alles um! Die Geschichte des Alten Fritzen, Hochkirch und Kunersdorf, was bedeutet das noch gegen Stalingrad und Berlin?

Ihr C.B.

Die Eingliederung der Herzogtümer Schleswig und Holstein in Preußen 1867

Das Nachstehende ist die Kurzfassung eines Aufsatzes, den der Verfasser in dem Jahrbuch 1967 für die schleswigsche Geest veröffentlicht hat. Unsere Leser, die sich eingehender mit der Eingliederung Schleswig-Holsteins in Preußen befassen möchten, weisen wir empfehlend auf diesen Aufsatz hin.

Am 3. Juli 1866 entschied sich auf dem Schlachtfeld von Königgrätz das Schicksal Schleswig-Holsteins. Nach dem preußischen Sieg über Österreich konnte die Einverleibung der Herzogtümer in den preußischen Staat vor sich gehen. Der Einverleibungsakt selber fand am 24. Januar 1867 um zwölf Uhr im Kieler Schloß für beide Herzogtümer statt. An Tage darauf wurde das Besitzergreifungspatent und eine „Allerhöchste Proklamation an die Einwohner der Herzogtümer Schleswig und Holstein“ veröffentlicht. Darin hieß u. a.: „Wir wollen die Gesetze und Einrichtungen der Herzogtümer erhalten, soweit sie der Ausdruck berechtigter Eigentümlichkeiten sind und in Kraft bleiben können, ohne den durch die Einheit des Staates und seiner Interessen bedingten Anforderungen Abbruch zu tun.“ Diese Zusage war ursprünglich von Bismarck so gefaßt gewesen, daß er von den „zum Anschluß an die allgemeine Verfassung unseres Staates erforderlichen Änderungen unter schonender Berücksichtigung des vorhandenen herkömmlichen Rechtsbestandes“ sprach. Zu dieser rücksichtsvolleren Formulierung kam es indessen nicht, weil der Kanzler in den entscheidenden Wochen erkrankt war. Die preußische Verfassung trat in den Herzogtümern am 1. Oktober 1867 in Kraft. In dem entsprechenden Gesetz heißt es weiter: „Die zu diesem Behufe notwendigen Abänderungs-, Zusatz- und Ausführungsbestimmungen werden durch besondere Gesetze festgestellt.“

Das ist der äußere Ablauf des Geschehens, das seitdem das Schicksal und den Lebensweg eines jeden Schleswig-Holsteiners weitgehend bestimmt. Die hundertjährige Wiederkehr dieses Ereignisses soll uns daher einen Anlaß für die Besinnung darauf geben, wie die Einverleibung sich vollzog. Im Rahmen dieser kurzen Zeilen kann nicht auf die Hintergründe und politischen Hintergründigkeiten eingegangen werden. Der Verfasser muß sich vielmehr auf den einfachen Geschehensablauf beschränken.

*

Mit der Einverleibung der Herzogtümer in den preußischen Großstaat war naturgemäß die Einführung der preußischen Verwaltung verbunden, die eben alle Merkmale eines Großstaates in sich trug. Für eigenständige Entwicklungen

innerhalb kleiner und kleinster Verwaltungseinheiten war dort kein Raum. Darüber hinaus war sie ausgerichtet auf allergrößte Sparsamkeit, Objektivität und Bindung an die Verfassung. Sie unterschied sich damit ganz wesentlich von der in den Herzogtümern durch die Jahrhunderte organisch gewachsenen Verwaltungshandhabung.

Hier war die verwaltungsmäßige Einteilung des Landes in der Zeit des dänischen Gesamtstaates sehr vielgestaltig entwickelt worden. Man unterschied Ämter und Landschaften, Städte, Klöster, adlige Güter und oktroyierte Köge. Dabei standen die Ämter und Landschaften, die wieder mit besonderen überkommenen Privilegien ausgestattet waren, unmittelbar unter der Hoheit des Landesherrn. Ihre Unterabteilungen waren in Schleswig die Harden und in Holstein die Kirchspiele. Dieses sind nun die kleinen Verwaltungseinheiten, in denen sich das kommunale Leben unserer Vorfahren abspielte und entwickelte. Einzelheiten hat der Verfasser im Jahrbuch für die schleswigsche Geest, Jahrgang 1967, aufgezeigt. Im Rahmen dieser Ausführung muß die Feststellung genügen, daß der Hardsvogt bei uns sowohl die gesamte kommunale Verwaltung als auch die Rechtspflege in ihrer Gesamtheit in Händen hatte. Eine Trennung von Justiz und Verwaltung hatte noch nicht stattgefunden. Im Strafverfahren gab es noch nicht die Einrichtung der Staatsanwaltschaft, so daß auch die Ermittlung und Aufklärung von Straftaten in den Händen des Vogtes lagen. Das Verfahren, d. h. die Regeln, nach denen man sich bei der Behandlung von Rechtssachen zu richten hatte, wurde ebenfalls weitgehend in den kleinen Einheiten der Harden entwickelt. So schreibt der dänisch gesonnene Präsident des schleswigschen Appellationsgerichts von Stemann 1855: „Das Gerichtswesen hat sich in den verschiedenen Districten des Herzogthums Schleswig, wie auch noch der gegenwärtige Zustand zeigt, auf sehr verschiedene Weise ausgebildet, sowohl in Betreff des Gerichtspersonals als des Verfahrens, wie denn die jetzige Gerichtsverfassung nicht so sehr aus Gesetzen, als aus der Praxis hervorgegangen ist.“ Es gibt aus der Zeit vor 1867 viele zeitgenössische Zitate dieses und ähnlichen Inhalts. Es wurden auch Stimmen laut, welche die Schwerfälligkeit des Verfahrens mit harten Worten geißelten. Durch einige Verordnungen mußte den Inhabern der Rechtsprechung untersagt werden, diese Geschäfte durch ihre Schreiber ausführen zu lassen. In anderen Fällen mußte durch landesherrliche Verfügung angeordnet werden, daß die Gerichtstage öfter abgehalten wurden, weil sonst säumige und böswillige Schuldner die Zahlung unmaßig lange hinauszögern könnten, da mit der nächsten Gerichtsverhandlung gegen sie erst in einem Jahr zu rechnen sei.

*

Hier änderte Preußen nun alles. Schon vor dem Kriege mit Österreich führte der preußische Gouverneur für das Herzogtum Schleswig, Generalleutnant Freiherr Edwin von Manteuffel, eine Reihe von Neuerungen ein. Er sorgte für eine

Verbesserung des Wegewesens, für eine ganz wesentliche Verbesserung der Post, er erreichte mit Hilfe eines Kredits, den er in Preußen für Schleswig aufnehmen konnte, den Neubau der Gelehrtenschule in Husum und der Klosterschule in Schleswig. Dabei hatte er gegen ganz erhebliche Widerstände der sogenannten Augustenburger zu kämpfen, welche die Herzogtümer als eigenen, selbständigen Staat sehen wollten. Es kam soweit, daß mit einer militärischen Erhebung der Augustenburger gegen Preußen gerechnet werden mußte. Deswegen verließ Manteuffel sich lieber auf Beamte, die innerlich unter Umständen dem dänischen Gesamtstaat noch anhängen, als auf schleswig-holsteinische augustenburgisch gesonnene Beamte. Deswegen wurde er verschiedentlich angegriffen. Eine seiner Äußerungen hierzu verdient, zitiert zu werden: „Da sind mir, seitdem ich im Amt bin, viele Dinge über die Personen gesagt worden, welche in neue Stellen vorläufig eingesetzt sind. Der eine sollte vor zehn Jahren die, der andere die Meinung gehabt haben, der eine sollte im dänischen Ministerium gearbeitet, der andere revolutionäre Gesinnung in sich getragen, der eine sollte dem König von Dänemark den Eid geleistet, der andere ihm bis zuletzt gedient haben. Soll denn jemand, der einen geleisteten Untertaneneid gehalten hat, bis er von seinem Souverän davon entbunden worden ist, nicht mehr anstellungsfähig im neuen Staat sein? Das, meine Herren, würde in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts zu Proscriptionslisten und zu einem Parteiregiment führen. Der Herrgott wird verhüten, daß ich je die Hand zu einem solchen biete.“

*

Mit dem Ausbruch des Preußisch-Österreichischen Krieges nahm Preußen die Verwaltung auch des Herzogtums Holstein in die Hand. Als erster Oberpräsident wurde für beide Herzogtümer der frühere Vorsitzende der Ständeversammlung, Carl Baron von Scheel-Plessen, eingesetzt. Vorher erhielt Manteuffel aber das Ehrenbürgerrecht in den schleswigschen Städten Flensburg, Schleswig, Husum und Hadersleben. Die entsprechenden Beschlüsse wurden einstimmig, also mit den Stimmen der Dänen, gefaßt. So ehrte das Land spontan den ersten Preußen, der in der Verwaltung Schleswigs zu sagen hatte. Scheel-Plessen hatte einen schweren Anfang, weil wegen des Krieges 1866 Gerüchte im Lande umliefen, daß 40 000 Schleswig-Holsteiner für die preußische Armee einberufen werden sollten. Das stimmte zwar nicht, aber es wurde immerhin am 3. Januar 1867 die militärische Dienstordnung bekanntgegeben, die eine nicht geringe Unruhe im Lande hervorrief. Denn jetzt konnte sich niemand mehr von dem Dienst beim Militär freikaufen, was bis dahin insbesondere bei den Bürgerfamilien üblich gewesen war. Bei der im Februar 1867 stattfindenden Wahl zum Konstituierenden Norddeutschen Reichstag wurden denn auch außer zwei Dänen ausschließlich Augustenburger gewählt.

Im April wurde dann die preußische Steuergesetzgebung eingeführt, die mit dem veralteten und sehr ungleichen Hebesystem und seinen vielen Privilegien ein Ende machte. Die einschneidendste Neuerung brachte aber die Trennung der Verwaltung von der Justiz am 26. Juni 1867. Die Hardengerichte in Schleswig, die Dinggerichte in Holstein sowie die städtische und die Patrimonialgerichtsbarkeit mit ihrem ausgeprägten Sportelwesen verschwanden, ebenso wie der besondere Gerichtsstand für privilegierte Personen und bestimmte Grundstücke, der privilegierte Gerichtsstand des Fiskus und schließlich die akademische Gerichtsbarkeit der Universität in Kiel. Statt dessen wurden nach preußischem Vorbild Amtsgerichte und Landgerichte mit unabhängigen Richtern eingerichtet, die mit der Verwaltung nichts mehr zu tun hatten.

Bei der Einrichtung der entsprechenden Verwaltung wurde die Kreisverwaltung mit dem Landrat an der Spitze eingeführt. Das stand von vornherein fest. Nicht fest standen die geographischen Grenzen der Kreise, deren Festlegung in Holstein Schwierigkeiten machte, weil dort die Ämter und Kirchspiele durchweg kleiner waren als bei uns. Scheel-Plessen erreichte, daß ausschließlich Landeskindern die Landratsstellen besetzten. Lediglich in Flensburg wurde der altpreußische Landrat Krupka nominiert, der seit Mai 1867 als Militärdepartementsrat in Schleswig tätig gewesen war. Der bisherige Amtmann Graf Baudissin ging nach Eckernförde.

Grundsätzlich neu war die Einrichtung der politischen Gemeinden, die es bis dahin bei uns nicht gegeben hatte. Dazu sollte das kommunale Leben, das sich in den Provinzen (zunächst waren zwei vorgesehen), den Kreisen und Gemeinden abspielen sollte, gleichzeitig Träger staatlicher Aufgaben werden. Hierin lag eine grundsätzliche Neuerung, die dem schleswig-holsteinischen Denken fremd sein mußte. Tatsächlich aber wurde hier von Bismarck in geschickter Ausnützung der Eigenständigkeit unserer Vorfahren der alte Handesvogt mit eingeschränkten Zuständigkeiten versehen. Er blieb als Behörde erhalten mit der Zuständigkeit für das Armen-, Wege-, Deich- und Wasserlösungswesen. In diesen Angelegenheiten konnte die Bevölkerung sich also noch an die alte Stelle richten. Hierdurch wurden Übergangsschwierigkeiten weitgehend ausgeschaltet.

Damit war vor Einführung der Verfassung, also ohne daß das Volk wesentlich hätte mitbestimmen können, der größte Teil der Neuerungen bereits eingeführt, als schließlich das Land eine Verfassung bekam. Dieses Ereignis ging dann fast spurlos im Tagesgeschehen unter, obwohl doch seit Uwe Jens Lornsen der Ruf nach einer Verfassung nicht mehr verstummt war.

*

Die innere Eingliederung unserer Großeltern an Preußen aber vollzog sich durch zwei Ereignisse, die mit der Verwaltung nichts zu tun hatten. Einmal war es das Kriegsgeschehen 1870/71, das die Schleswig-Holsteiner mit den deutschen Stämmen verband, zumal Herzog Friedrich von Augustenburg seine Landsleute

zur Teilnahme auf deutscher Seite aufgefordert und auch die Augustenburger Partei in einem Aufruf für die preußische Sache geworben hatte. Zum anderen war es die Tatsache, daß Auguste-Viktoria einen Hohenzollern heiratete. Es war dieses sicherlich keine politische Heirat. In den Auswirkungen kann sie für den Gewinn der Herzen unserer Vorfahren für Preußen nicht hoch genug eingeschätzt werden.

Man kann wohl sagen, daß „Schleswiger“ südlich der Grenze ein solcher Schleswig-Holsteiner ist, der im Gegensatz etwa zum Dithmarscher oder Fehmarnner ein Wissen um das Dänische hat, und daß umgekehrt „Schleswiger“ nördlich der Grenze ein dort ansässiger Däne ist, der um das Deutsche weiß, nicht zum mindesten infolge der Existenz der beiderseitigen Minderheiten.

Hans Friedrich Schütt in „Schleswig-Holstein“, Heft 1/1967

Möge man in Bonn erkennen ...

Dr. Hartwig Schlegelberger, Innenminister des Landes Schleswig-Holstein, richtete an die Teilnehmer des Flensburger Hochschultages der Technik 1967 Grußworte, die wir ihrer grundsätzlichen Bedeutung wegen mit seiner freundlichen Erlaubnis nachstehend bringen.

Die schleswig-holsteinische Landesregierung und insbesondere mein durch einen Unfall verhindertes Kollege, Kultusminister von Heydebreck, entbieten Ihnen zu dem Flensburger Hochschultag der Technik 1967 herzliche Grüße, die besten Wünsche und aufrichtigen Dank.

Lassen Sie mich der Versuchung widerstehen, zu den so vielschichtigen Problemen Ihrer Vortragsreihe von der fachlichen, mehr noch aber von der geistig wissenschaftlichen Seite her Stellung zu nehmen. Gestatten Sie mir vielmehr, als Innenminister dieses Landes einige Bemerkungen zu Ihrer Tagung zu machen, also als der Ressortminister, der immer wieder seine Vorstellungen von den geistigen Kräften und den Institutionen des Raumes auf deren Standort hin ausrichtet. Es ist auch heute der Ausgangspunkt meines kurzen Grußwortes: die Heimat Ihrer Schule — unsere Stadt Flensburg!

Was Flensburg war, wissen wir aus der Geschichte, was Flensburg ist, erleben wir tagtäglich. Flensburgs Schicksal von morgen aber ist die Antwort auf die Frage, ob die Stadt und ihre Bürger bereit sind, sich selbst über das Mittelmaß von Städten gleicher Größen- und Strukturordnung hinaus gefordert zu sehen. Flensburgs geographische Lage am Rande der Bundesrepublik, aber ebenso auch am skandinavischen Einfalltor birgt Risiken und Chancen zugleich.

Die eine Komponente für Flensburgs Schicksal ist seine Brückenfunktion zwischen Dänemark und Deutschland, zwischen Nord- und Mitteleuropa. Möge man in Bonn erkennen, daß eine Brücke zur Überwindung des west—östlichen Grabens über Skandinavien und insbesondere über den Ostsee-Anrainer Dänemark führt. Die geschichtlich bedingten Pfeiler dieser Brücken heißen aber Schleswig-Holstein, der Landesteil Schleswig und Flensburg.

Die andere Komponente ist die Ausgestaltung dieser Stadt zu einem technischen, wissenschaftlichen Zentrum. Wir umschreiben es mit dem Ziel: Technische Hochschule. Die Redlichkeit der Politik erfordert aber, deutlich zu sagen, daß im Hinblick auf unsere Verpflichtungen gegenüber der Universität Kiel und der

Medizinischen Akademie Lübeck der Weg dorthin noch lang und dornenreich sein wird. Ich wage das bewußt vor Ihnen auszusprechen; denn welcher Beruf ist schöpferischer, rationeller, aber auch kühner als der Beruf eines Ingenieurs. Denn wie vieles, was wir noch vor dreißig Jahren Utopie nannten, ist heute Wirklichkeit geworden. Darum ist es gut, daß hier in Flensburg der Kaufmann mit dem Techniker geht, denn sie beide werden vom Wagemut und der Einsicht in die Gefahren zugleich geleitet.

Auch für den geistigen Bereich gilt das Gesetz der Marktwirtschaft, nämlich ob die geistige Substanz, d. h. die Konzeption und der Mut, zu ihr zu stehen, vorhanden ist. Dorthin werden dann auch zu gegebener Zeit die Geldmittel fließen.

Wie wichtig die Landesregierung die Funktion des Ingenieurs in unserer Gesellschaft bewertet, mögen Sie daraus ersehen, daß in der nächsten Legislaturperiode alle Fragen, die damit zusammenhängen, unter Abwägung der so verschiedenen Aspekte in einem besonderen Gesetz geregelt werden sollen.

Mein besonderer Dank gilt vor allem aber heute der Staatlichen Ingenieurschule Flensburg mit ihren Forschungs- und Erprobungsstellen für Schiffsbetrieb und Schiffstechnik. Denn Sie haben aus eigener Initiative die Brücke zur Wissenschaft geschlagen.

Die junge Generation ist kritisch und skeptisch gegenüber der Institutionalisierung unseres Lebens. Sie fürchtet, daß perfektionierte Organisation den Geist in seinem Wesensgehalt zu töten vermag. Die junge Generation will auch die Gefahren und will sich allen Risiken der Zukunft stellen!

Sie sind mit gutem Beispiel Vorgegangen. Sie haben nicht erst das Gebäude und nicht erst ein glänzendes, nach außen wirkendes Etikett gefordert, sondern Sie haben im Geiste gehandelt. Sie haben Hochschultage veranstaltet, ohne noch eine Hochschule zu sein und ohne eine Hochschule zu haben. Sie haben damit nicht nur eine Schallmauer unserer Zeit durchbrochen, sondern Sie haben zugleich auch mit an dem lebendigen Kleid künftiger Flensburger Geschichte gewirkt. Mögen diese und künftige Hochschultage Ihrem eigenen Anliegen und dem Anliegen dieser Stadt und unseres Landes Glück bringen.

„QUOD DEI BENE VERTANT“

Hundert Jahre danach ...

Diesen Vortrag hielt Professor Dr. Troels Fink auf der Jahresversammlung der traditionsreichsten dänischen „nationalen Vereine“, nämlich Sprogforeninger und Skoleforeninger, am 26. Juni 1966. So sehr der Vortrag einen historischen Rückblick- und hier nicht zuletzt eine Erörterung über die wechselnden, teils politisch, teils geographisch bedingten Bezeichnungen des ehemaligen Herzogtums Schleswig oder einzelner seiner Teile gibt, so sehr weisen die Ausführungen Professor Finks zugleich in die Zukunft. Wir freuen uns, diese grundlegenden und konstruktiven Gedanken hier mit freundlicher Genehmigung des Verfassers nachdrucken zu können.

Es sind in diesem Jahr hundert Jahre vergangen, seitdem Preußen sich durch den Krieg gegen Österreich die Beute von 1864 sicherte, und somit sind es hundert Jahre her, seitdem „Sønderjylland“ de facto zusammen mit Holstein als Provinz Schleswig-Holstein Preußen einverleibt wurde. Das bedeutete das Ende des alten staatsrechtlichen Begriffes Herzogtum Schleswig oder „Sønderjylland“. Wie sehr auch „Sønderjylland“ als politische Einheit „eine Saga“ nur ist, so ist die historische Einheit, die das alte Herzogtum umfaßt, doch bemerkenswert lebendig. Die politischen Verhältnisse in „Sønderjylland“ haben sich beruhigt, aber das Leben ist trotzdem von den Spannungen geprägt, die einst vorhanden waren; und die immer noch — aber nun im positiven Sinne — bestehen und dazu beitragen, diesem Landesteil ein wertvolles eigenes Gepräge zu verleihen.

*

In den Jahren vor 1864 war oft davon die Rede gewesen, daß Dänemark dem Herzogtum Schleswig oder „Sønderjylland“ die provinzielle Selbständigkeit garantieren solle. Der Versuch, dies Problem zu umgehen, führte 1864 zum Krieg. Aber 1866 wurde kurzer Prozeß gemacht. Den Schleswig-Holsteinern wurde zwar die Zusammenschmelzung der beiden alten Herzogtümer zu einer Provinz und einem Regierungsdistrikt eingeräumt, aber staatsrechtlich hörten beide auf zu existieren.

Jedoch ein neuer Begriff entstand, als Preußen die alten Herzogtümer einverleibte. Es war der Begriff Nordschleswig. In seiner modernen Gestalt ist Nordschleswig als Folge des § 5 des Prager Friedens entstanden. Ich werde heute nicht auf den berühmten § 5 eingehen, obwohl er hundertjährigen Geburtstag hat. Es handelt sich um die nördlichen Distrikte Schlesiws, deren Bevölkerung das Recht haben sollte zu bestimmen, ob sie zu Dänemark oder zu Preußen gehören

wolle. Wie Bismarck sagte, als man über die Verwirklichung des § 5 verhandelte: Distrikte können größer oder kleiner sein, sie können auch ganz klein sein, und so groß wie die Dänen sie sich vorstellen, sind sie nicht. Aber bei der Wahl zum Norddeutschen Reichstag, die am 12. Februar 1867 stattfand, zeigte das Wahlergebnis, daß eine erstaunlich scharfe Scheidelinie quer durch „Sønderjylland“ ging, nördlich um Tondern und südlich um Flensburg. Hier zeichnete sich Nordschleswig ab, näher bezeichnet das Gebiet Schlesiens, das eine dänische Mehrheit hatte. Bis dahin hatte man zwischen Nordschleswig, Mittelschleswig und Südschleswig unterschieden. Nordschleswig umfaßte etwa den alten Kreis Hadersleben; Mittelschleswig: Apenrade, Sonderburg, Tondern und Teile des Kreises Flensburg; und Südschleswig war der fast ganz deutsch sprechende südliche Teil. Dank des § 5 entstand Nordschleswig als ein sehr klarer politischer Begriff. Die nationale Organisationsarbeit umfaßte besonders dies Gebiet, und man benutzte immer noch die Bezeichnungen „Sønderjylland“ oder Schleswig für das gesamte alte Herzogtum. Das Wort „Sønderjylland“ wurde im öffentlichen Gebrauch von den preußischen Behörden 1895 verboten; das Verbot rief große Verbitterung hervor. Redakteur Jessen (Flensborg Avis) schrieb seinen berühmten Artikel über ein Land ohne Namen, und der Name „Sønderjylland“ erhielt einen neuen Klang; als die Wiedervereinigung 1920 kam, war es daher nicht verwunderlich, daß „Sønderjylland“ und „sønderjysk“ dort eingesetzt wurden, wo vorher Nordschleswig und nordschleswigsch gestanden hatten; z. B. hieß der Verein „Sønderjysk Skoleforening“ ursprünglich „Nordslesvigsk Skoleforening“. Neue Institutionen wie „Sønderjyllands Kreditforening“ und „Sønderjylland Højspændingsværk“ ließen den Eindruck entstehen, daß das Wort „Sønderjylland“ mit dem Begriff Nordschleswig zusammenfalle. Das ist objektiv betrachtet falsch; aber die Sprache geht ihre eigenen Wege. Die offizielle Bezeichnung „de sønderjyske landsdele“ ist korrekt, aber in der Umgangssprache nicht zu gebrauchen. Das Wort „Mellemslesvig“ erhielt eine kurze Renaissance 1918 bis 1920; da entsprach es der Zweiten Zone, aber es verschwand schnell wieder aus dem Sprachgebrauch. „Sønderjylland“—Nordschleswig werden heute von vielen als identisch aufgefaßt, aber ganz hat dieser neue Sprachgebrauch nicht gesiegt. Das Wort Nordschleswig nahmen die Heimdeutschen nach 1920 in Besitz. Wohl heißt ihr Verein „Schleswigscher Wählerverein“, aber sonst kehrt „der Nordschleswiger“ in vielen Zusammenhängen wieder. In der Zeit zwischen den zwei Weltkriegen wurde nordschleswigsch verhältnismäßig wenig von den Dänen gebraucht.

Aber die Sprache ist launenhaft. Das Wort Nordschleswig hat auf dänisch nach 1945 eine größere Verwendung gefunden, das liegt daran, daß das Wort Südschleswig eine ganz andere Verbreitung erhalten hat. Man spricht jetzt leicht und unbeschwert von Nord- und Südschleswig, und man unterscheidet im

Dänischen zwischen einem Nordschleswiger und einem Südschleswiger, aber doch mit dem Unterschied, daß der Nordschleswiger sich selbst als „Sønderjyde“ bezeichnet; das tut, soweit ich bemerkt habe, ein Südschleswiger nur selten; er kann „wir dänischen Südschleswiger“ sagen, aber wir „Sønderjyder“ kommt nur ganz ausnahmsweise vor. Dagegen ist mir in dänischen Zeitungen nicht selten nebeneinander „Sønderjylland“ und Südschleswig gleichbedeutend mit Nordschleswig und Südschleswig begegnet. Es erscheint mir unnatürlich, aber es wird sicherlich schwer sein, die Bezeichnung „Sønderjylland“ für das Gebiet des alten Herzogtums festzuhalten. Einige tun ihr Bestes. „Historisk Samfund for Sønderjylland“ ist ein Beispiel des richtigen Gebrauchs, und einige werden hoffentlich fortfahren, an dem Wort in seiner ursprünglichen Bedeutung festzuhalten.

Betrachten wir die entsprechenden Verhältnisse auf deutscher Seite, sind die Absonderlichkeiten nicht geringer. Ein deutscher Schleswiger gebraucht mit großer Selbstverständlichkeit das Wort Nordschleswig, aber er nimmt nicht gern das Wort Südschleswig in den Mund. Das Wort hat die dänische Bewegung nach 1945 ganz übernommen; die offizielle Bezeichnung für Südschleswig ist „Landesteil Schleswig“, und wenn es nicht so feierlich sein soll, sagt man „im Schleswiger Land“; aber Schleswig als Bezeichnung für das alte Herzogtum gleichen Namens begegnet man fast nie. Landesteil Schleswig ist ein Teil des Landes Schleswig-Holstein. Man hat also die heitere Situation, daß man auf dänisch von „Sønderjylland“ und Südschleswig sprechen kann; beides sind nationaldänische Bezeichnungen; auf deutsch kann man von Nordschleswig und Landesteil Schleswig sprechen; beide Bezeichnungen werden von den Deutschen als deutsch empfunden. Wir Dänen können wie gesagt auch von Nord- und Südschleswig sprechen. Wir haben nicht auf das Wort Nordschleswig verzichtet; aber ich glaube nicht, daß ich auf deutsch der Wendung „in Nordschleswig oder in Südschleswig“ oder „in Nord- und Südschleswig“ begegnet bin; es sei denn aus reinem Versehen.

*

Nun können Sie mit Recht einwenden, warum so viel Gerede über Bezeichnungen? Weil diese Bezeichnungen nicht zufällig sind. Sie spiegeln eine Entwicklung durch hundert Jahre wider. Vor hundert Jahren wurde die schleswigsche Frage zu einer nordschleswigschen Frage reduziert; nach 1920 wurde das Problem von den Minderheiten in dem schleswigschen Grenzgebiet bestimmt, einer größeren deutschen nördlich der Grenze und einer kleineren dänischen südlich der Grenze; nach 1945 erschien das südschleswigsche Problem in neuer Gestalt, und der geographische Schwerpunkt des Problems wurde etwas nach Süden verlagert. Nun gibt es eine größere dänische Minderheit südlich der Grenze und eine kleinere deutsche nördlich der Grenze, und in diesem

Verhältnis scheint vorläufig keine Änderung einzutreten.

Die Ordnung der Minderheitenverhältnisse von 1955 gilt für das ganze alte „Sønderjylland“, aber entscheidend ist, daß der dänische und der deutsche Staat die bestimmenden Faktoren sind. Die Minderheiten sind politische Elemente, die dem Grenzgebiet sein besonderes Gepräge geben, und das Bewußtsein von der bunten und spannenden Geschichte des alten Herzogtums trägt dazu bei, das Dasein für seine Bewohner reicher und interessanter zu gestalten. Es handelt sich nun um das Zusammenleben zweier Nationalitäten. Dänisch und deutsch müssen nebeneinander gedeihen können, aber das Problem ist, ob wir einander in gegenseitiger Gleichgültigkeit den Rücken kehren oder ob wir versuchen sollen, in dem grenzgeteilten Schleswig ein Gespräch zu stande zu bringen.

Es ist hier nicht von einem Schleswigertum die Rede. Der staatsrechtliche Zustand, bedingt durch die Aufteilung des alten Herzogtums Schleswig zwischen Dänemark und Deutschland, ist allgemein akzeptiert, aber wenn wir das Bewußtsein eines besonderen Gepräges der Landesteile bewahren wollen, und das muß den Hintergrund für ein Gespräch bilden, dann müssen wir das Herzogtum Schleswig als einen historisch-geographischen Begriff behalten. Innerhalb dieses geographischen Rahmens hat die Begegnung zwischen dänisch und deutsch in hundert Jahren stattgefunden und wird es wohl in absehbarer Zeit tun.

Bald gab es ein bewußtes gegensätzliches Verhältnis, bald eine friedliche Nachbarschaft, aber immer mit gewissen Verschiebungen nach der einen oder der anderen Seite. Die Zeit von etwa 1840 bis 1955 ist wohl die bewegteste und abwechslungsreichste Periode in der Geschichte „Sønderjyllands“. Nun ist eine bedeutende Entspannungsperiode eingetreten. Wir suchen nach neuen Perspektiven und neuen Aufgaben. Man hat in der hinter uns liegenden bewegten Periode Erfahrungen gesammelt, und Traditionen haben sich entwickelt, die heute keine rechte Gültigkeit haben. Jeder, der sich für Grenzlandprobleme interessiert, muß sich fragen, ob die Erfahrungen weitergereicht werden können, ob es für eine neue Generation der Mühe wert sein wird, sich mit den Problemen unter einem nationalen Gesichtspunkt zu beschäftigen. Es hat keinen Zweck, an den Traditionen um der Traditionen willen festzuhalten; sie müssen für das jetzige Geschlecht einen Wert bedeuten, wenn sie in der Zukunft erhalten bleiben sollen. Es ist einleuchtend, daß die volkliche kulturelle Arbeit umgemodelt werden muß, wenn sie sich unserer Zeit anpassen soll. Wir müssen uns ernstlich mit den Möglichkeiten der Weiterführung unserer Traditionen im positiven Sinne beschäftigen, aber welche gibt es?

*

Neulich hatte ich Gelegenheit, im „Folkehjem“ in Apenrade einige Worte anlässlich des zehnjährigen Jubiläums der „Sønderjyllandshalle“ zu sagen. Es war vielleicht

ein bescheidenes Jubiläum, aber es verdeutlichte eine Problematik, die im ganzen Landesteil aktuell ist. Die großen Hallen dienen der Jugend als Raum, wenn sie Sport treiben will, sie bilden den Rahmen für Konzerte und Ausstellungen und Unterhaltungen verschiedenster Art. Aus großen Gebieten können die Menschen leicht dorthin kommen. Die Hallen entsprechen ganz deutlich einem Bedarf unserer Zeit. Die „Sønderjyllandshalle“ war die erste ihrer Art, aber jetzt gibt es schon eine ganze Reihe im Landesteil, und mehr werden entstehen.

Die Versammlungshäuser nehmen nicht mehr den Platz ein wie früher. Die volkliche, weit verzweigte Bildungsarbeit wird durch andere Kanäle geleitet. Rundfunk und Fernsehen vermitteln heute weit besser den Stoff, der vorher mühsam von den Rednerpulten der Versammlungshäuser des Landes verbreitet wurde. Gott sei Dank scharft sich um viele Versammlungshäuser immer noch ein lebendiger Kreis, und das lebendige Wort wird immer noch seinen Platz behaupten; es gibt nur so viel nebenher. Einige Versammlungshäuser haben ihre besondere Berechtigung als Rahmen für Familienfeste im weitesten Sinne bekommen, und das ist gut so. Wenn es gelingen soll, die besondere „sønderjyske“ Tradition weiterzuführen, darf man nur mit kleinen Kreisen rechnen, die so intensiv mit einem Stoff arbeiten wollen, wie es eine solche Weiterführung erfordert. Es setzt Zeit zum Lesen voraus und den Willen, über das Gelesene und das Erfahrene nachzudenken; es setzt voraus, daß es Menschen gibt, die zu den Quellen vordringen wollen. Denn wenn die Traditionen lebendig erhalten werden sollen, muß die Vorzeit neu erforscht und unter größerer Perspektive betrachtet werden. Sie muß sowohl in schriftlicher als auch in mündlicher Form festgehalten werden. Es muß Institutionen geben, die sich der Arbeit annehmen und solche, die durch Kurse und Diskussionen das Gespräch weiterführen. Es müssen Bücher und Schriften herausgegeben werden, die die Linien aufzeigen.

Ein Anfang ist schon gemacht. Das Landesarchiv in Apenrade bildet ein sehr bedeutendes Zentrum für das historische Studium in „Sønderjylland“, und man hat dort mit einer „Sønderjyllands Studiesamling“ begonnen, deren Hauptaufgabe vorläufig darin besteht, Traditionsstoff — d. h. die mündliche Überlieferung, wie sie in der Erinnerung des Volkes lebt — zu sammeln. Gefahr ist im Verzuge; wenn nicht jetzt eine Kraftanstrengung gemacht wird, um die Erinnerungen an die Zeit vor, während und nach dem ersten Weltkrieg, an die Wiedervereinigung und an den neuen Start 1920 zu bewahren, wird manches in Vergessenheit geraten. Mit der modernen Technik des Tonbandgerätes kann man viel mehr erhalten, als es die Sammler von Volkserinnerungen in alten Tagen konnten.

In der Zentralbibliothek in Flensburg ist eine Studienabteilung errichtet worden, die teils nach den gleichen Richtlinien arbeitet, aber die weitere Ziele, nicht nur historischer Art, verfolgt. Die Museen leisten eine vortreffliche Arbeit. Die Volkshochschulen haben viele Möglichkeiten, in dieser intensiven Richtung

mitzuarbeiten. Wenn man auch nicht mit den großen Zahlen, wie sie Sportveranstaltungen und Unterhaltungsorchester aufweisen können, rechnen darf, gibt es genug, die sich für diese Aufgaben interessieren, um einen Meinungsaustausch über die Probleme aufrechtzuerhalten. „Historisk Samfund for Sønderjylland“ hat einen Zustrom von Mitgliedern wie nie zuvor, und ihre heimatkundlichen Wanderungen und Sommerausflüge sind sehr beliebt. Man hat Sinn für die Erhaltung historischer Erinnerungen, aber zur Erhaltung einer Tradition gehört mehr, nämlich ein aktuelles Engagement. Lassen Sie mich das Problem mit einem Beispiel näher erörtern. Im „Folkehjem“ in Apenrade gibt es einen historischen Bildersaal. Anscheinend tiefernste und gestrenge Herren schauen aus ihren goldenen Rahmen; der einzige, dessen Humor man auf dem Bild nicht hat unterdrücken können, ist Gustav Johannsen. Man sieht diesen geradezu aus ihm hervorsprudeln. Übrigens sind die Bilder als Kunstwerke von höchst unterschiedlichem Wert; das seinige ist rundheraus schlecht. Als Ganzes geht jedoch von ihnen eine starke Wirkung aus. Zusammenfassend kann man den Einsatz dieser Männer folgendermaßen charakterisieren: Sie schlugen geistig die Preußen, ehe Deutschland im ersten Weltkrieg seine Niederlage erlitt. Bedenkt man die äußere Macht Preußens und Deutschlands Größe damals, muß man die ersten Herren im Bildersaal bewundern. Aus ihrem Starrsinn entsprangen Quellen, den ungleichen Kampf zu bestehen. Dasjenige Preußen, dem sie begegneten, hatte andere Voraussetzungen, die sie aber nicht kannten. „Sønderjylland“ war für die Preußen Neuland, und auf diesem Gebiet hatten sie keine Erfahrungen. Es fehlte ihnen auch an Gewandtheit und Einfühlungsvermögen. Die Vorstellung von den Preußen, die festsetzte, wurde durch den schneidigen Landrat und den protzigen Gendarmen mit der Pickelhaube und den Junker auf seinem Gut in Pommern symbolisiert. Die unmittelbare Vorstellung, die das Wort preußisch immer noch in dänischen Ohren hervorruft, wird durch die unmittelbare Begegnung mit diesen Machtmenschen bestimmt. Hinzu kam die militärische Haltung, die die Preußen einnahmen und in vergrößerter Form Weiterreichten. Für die meisten Menschen in der Welt ist das wohl die vorherrschende Auffassung.

Nun haben wir von all diesen Dingen Abstand gewonnen. Durch das Kontrollratsgesetz der Alliierten Nr. 46 vom Februar 1947 ist der Staat Preußen aufgelöst mit der Begründung, daß Preußen immer der Träger von Militarismus und Reaktion gewesen sei. Das ist jedoch eine einseitige Auffassung. Es ist an der Zeit, sich nicht mehr mit Vereinfachungen zu begnügen. Wenn das Wort Preußen vor deutschen Ohren erklingt, erweckt es unmittelbar ganz andere Vorstellungen. Man erblickt einen ordnungsliebenden, loyalen und treuen, spartanisch dienenden Staatsbürger, der eine sittliche Ordnung innerhalb des Rahmens des Staates verkörpert. Man hielt einen effektiven und disziplinierten

Beamten- und Militärapparat für absolut notwendig, wenn der Staat zwischen mächtigen Nachbarn im Osten und Westen bestehen sollte. Die preußische Geschichte besitzt auch edle Gestalten, aber man kennt sie heute kaum außerhalb der Grenzen Deutschlands. Das preußische Verhalten in „Sønderjylland“ betrachten die Deutschen jetzt als eine Abart der unglücklichen Seiten eines Systems, das im übrigen seine guten Seiten hatte, aber man erkennt, daß eine natürliche Weiterentwicklung nicht vor dem Zusammenbruch 1918 erreicht wurde. Das ist die deutsche Auffassung, auf eine kurze Formel gebracht.

Es ist einleuchtend, daß ein grundlegender Unterschied in der Betrachtung eines Regimes von innen, wenn es von den Bürgern akzeptiert ist, und von außen, wo es, wie in diesem Fall, eine harte und rücksichtslose Fremdherrschaft verkörperte, besteht. Es war ein gnadenloser Kampf, der herausgefordert wurde. Es war der Kampf, den die starken Männer, die nun im Bildersaal des „Folkehjem“ in Reih und Glied hängen, aufnahmen und in Ehren bestanden.

Aber nun sind sowohl sie als auch Preußen Geschichte geworden. Es ist an der Zeit, die Dinge unter einem größeren Gesichtswinkel zu betrachten und die Nuancen zu erkennen. Hier taucht das Problem auf, wie man Tradition und Neuzeit miteinander verbinden kann. Eine Tradition kann man nur bewahren, wenn man ihre Problematik in passenden Abständen neu zur Diskussion stellt. Man müßte z. B. den preußischen Gegner der alten Herren in einem breiteren Zusammenhang beurteilen, und vor allem sollte man eine Betrachtung beider Seiten von innen her versuchen. Dies ist nur ein Beispiel dafür, wie man eine Tradition lebendig erhalten kann. Dasselbe gilt für die Weimarer Zeit. Die Hitlerzeit ist besonders belastend. Es soll nichts abgelassen werden von dem Urteil, das wir z. B. über die Hitlerzeit fällen müssen, aber die Prämissen müssen umfassender sein.

Auch in aktuellen Dingen muß eine breitere Grundlage zur Beurteilung unseres Nachbarn geschaffen werden, wenn wir ihn besser verstehen wollen. Es müssen also neue Zusammenhänge gesucht werden, wenn die Erinnerung überleben soll. Sonst werden die alten streitenden Partner als Karikaturen dastehen, womit niemandem gedient ist. Die Aufgabe, die den Historikern aus „Sønderjylland“ und denen, die sich für die Tradition des Landesteils interessieren, gestellt wird, heißt nicht zuletzt, die Probleme unter einem zusammenfassenderen Gesichtswinkel zu betrachten. Gelingt uns eine Erneuerung der Perspektiven, werden wir auch den Herren im Bildersaal ein Denkmal in der Erinnerung setzen können. Es genügt nicht, nur Staub von den Rahmen zu wischen.

Wenn wir diese Linie bis zur aktuellen Situation weiterführen, geht es darum, den Nachbarn kennenzulernen und ihn gleichzeitig als solchen anzuerkennen.

Es bestand eine alte Tradition, daß die Dänen in „Sønderjylland“ ihren Gegner ganz gründlich kennenlernten, aber daran erinnert man sich, was das Konkrete

angeht, nur schwach. Damals orientierte man sich auch nicht, um ihn zu akzeptieren, sondern um ihm besser begegnen zu können. Von I. P. Junggreen, dem ersten Vorsitzenden von „Sprogforeningen“ und dänischem Reichstagsabgeordneten in Berlin 1884—1886, hieß es, daß er die Preußen mit ihrer eigenen Geschichte schlug. In gutformulierten und warmherzigen Artikeln erinnerte er in den Jahren nach 1864 die Preußen an ihre eigene schwere Zeit, als Napoleons Heere die Preußen überrannten und ein neuer Freiheitsgeist aufkam. H. P. Hanssen verfolgte genau die Entwicklung in Deutschland. Die leitenden deutschen Politiker und die brennenden politischen Probleme waren Gegenstand zahlreicher seiner Artikel. Diese Tradition ist leider verlorengegangen. In der Nazizeit wurden die Kontakte zu Deutschland gänzlich abgebrochen. Jetzt hat man jedoch wohl Veranlassung, die vorhandenen Bestrebungen zum Aufbau eines demokratischen Deutschlands genau zu verfolgen und die Kontakte mit ihm zu pflegen. Deutschland vertritt nicht mehr wie früher einen Gegner, den man kennenlernen muß, um ihm begegnen zu können, sondern einen Nachbarn, an dessen Bekanntschaft über den Zaun hinweg wir interessiert sind, um zu sehen, wie sein Kohl wächst und welche neuen Sorten er in seinem Obstgarten anbaut. Ganz besonders müssen wir beobachten, wie es in unserer unmittelbaren Nähe aussieht. Man kann nicht behaupten, daß das Interesse diesbezüglich besonders groß ist, und zwar gilt das für beide Richtungen. Es besteht südlich der Grenze wohl ein wachsendes Interesse für die Erlernung der dänischen Sprache, aber als Ganzes betrachtet, sind die Kenntnisse des Dänischen äußerst begrenzt, und der Unterricht in diesem Fach erfaßt nur einen verschwindenden Bruchteil der gesamten Schülerzahl. In den dänischen Schulen ist das Verhältnis natürlich anders. Viele gewerbliche Betriebe sind an jungen Leuten von den dänischen Schulen interessiert, weil diese besonders gute sprachliche Voraussetzungen mitbringen, um die Aufgaben in den Geschäften des Grenzlandes zu meistern. Es gibt Kreise auf deutscher Seite im Grenzgebiet, die gern mit dänischen Kreisen Verbindung aufnehmen wollen. Es ist mir jedoch völlig klar, daß eine relative sprachliche Gleichberechtigung vorausgesetzt werden muß, wenn dieser Kontakt über die Grenze enger werden soll. Unter relativ verstehe ich, daß immer mehr Deutschunterricht an den dänischen Schulen als umgekehrt Dänisch an den Schulen in Schleswig-Holstein erteilt werden wird. Aber wenn nicht eine bessere sprachliche Grundlage geschaffen wird und mehr Menschen mit deutschen Voraussetzungen etwas Dänisch lernen, werden die Kontaktbestrebungen sehr leicht im luftleeren Raum schweben. Das besagt jedoch nicht, daß die Dänen von ihrem Teil der Aufgabe freigesprochen werden. Sie müssen größeres Interesse für das Leben ihres Nachbarn zeigen und zu einem Gespräch mit ihm bereit sein.

*

Um die hier erwähnten Aufgaben historischen und aktuellen Charakters zu lösen, muß der erforderliche Rahmen geschaffen und die nötigen Arbeitskräfte freigemacht werden. In alten Zeiten konnte manches auf freiwilliger Basis durch unbezahlte Freizeitbeschäftigung durchgeführt werden. Die Anzahl derer, die sich unter diesen Bedingungen einsetzen wollen, wird immer kleiner werden, aber gleichzeitig wird die Wohlfahrtsgesellschaft es sich leisten können, die Menschen, die sich für diese besonderen Aufgaben einsetzen wollen, zu entlohnen. Diesen Bedingungen muß man sich fügen, will man die Traditionen erhalten und erneuern. Eine gewisse Institutionalisierung ist heute notwendig. Vielleicht kann sich „Folkehjem“ zu einem Zentrum für die Kulturarbeit dieser Art in „Sønderjylland“ entwickeln. Auch von einem landesumfassenden Gesichtspunkt aus wird es wichtig sein, solche Aufgaben in „Sønderjylland“ aufzugreifen. In diesem Gebiet ist die dänisch-deutsche Begegnung uralte; es gibt reiche Erinnerungen, aus denen man schöpfen kann, viele Zusammenhänge, auf die man hinweisen kann, und viel gesunden Realismus zu bedenken. Eine Begegnung zwischen dänisch und deutsch wird in diesem Gebiet einen besonderen Klang haben. Nichts in der historischen Entwicklung soll verschwiegen und die Standpunkte sollen nicht verwischt werden. Aber es besteht heute eine Möglichkeit, ein Gespräch zu beginnen, an der man nicht vorübergehen darf. Die Entwicklung kann auch eine andere Richtung nehmen. Es wird nie die große Menge sein, die sich von diesen Aufgaben angesprochen fühlt, aber nach meiner Meinung ist es für die zukünftige Entwicklung notwendig, daß es doch einige gibt, die sich damit befassen wollen. Ich habe auf die Notwendigkeit hingewiesen, ökonomische und institutionelle Voraussetzungen zu schaffen für diejenigen, die an solchen Aufgaben interessiert sind. Ich möchte hinzufügen, daß darüber hinaus die Voraussetzungen für eine gewisse literarische Tätigkeit geschaffen werden müssen. Ein gutes Beispiel hierfür sind die Publikationen, die von „Historisk Samfund for Sønderjylland“ herausgegeben worden sind. Aus Bescheidenheit müßte ich als gegenwärtiger Vorsitzender dieses Vereins darüber schweigen, aber der geleistete Einsatz ist nicht mein, sondern Landesarchivar P. K. Iversens Verdienst. Seine unermüdliche Initiative, sein einmaliger Fleiß und sein starkes Interesse für die Pflege der Traditionen haben dem Verein eine so umfassende Tätigkeit ermöglicht. Diese Arbeit muß fortgesetzt werden. Es besteht die Hoffnung, daß sie immer noch in der Bevölkerung in „Sønderjylland“ Widerhall findet, aber das literarische Wirkungsfeld muß auch die aktuelle dänisch-deutsche Begegnung in dem schleswigschen Grenzland umfassen. Es sind im Laufe der Zeit manches Essay und manche Erzählung und viele Gedichte entstanden, die eine Publikation verdient hätten. Hier könnte „Sprogforeningen“ sich vielleicht verjüngen. Der Kontakt zwischen der kleinen Schar, die sich für die von mir skizzierte Arbeit begeistern kann, und der hoffentlich großen Anzahl, die sich an ihr erfreuen wird,

kann nicht nur in mündlicher Form aufrechterhalten, er muß auch auf schriftlicher Basis geschaffen werden.

*

Es lag mir am Herzen, die Möglichkeiten für die Erneuerung der Traditionen hervorzuheben. Ich bin mir darüber im klaren, daß die Alternative Gleichgültigkeit bedeutet. Was geht uns der Nachbar an, werden einige sagen; es geht uns gut so. Was geht uns die Geschichte an; wir leben dem Augenblick und leben gut. Was nützen uns Traditionen, das hieße nur, den Alltag zum Museum machen. Es ist schwer, diesen Betrachtungen mit Logik zu begegnen. Werte werden jedoch verlorengehen, wenn die Traditionen nicht gepflegt werden. Das ist jedoch nur möglich, wenn heute lebende Menschen aus der Fülle ihres Lebens sich mit der Vergangenheit und ihren Menschen befassen. Die heutigen Menschen, die sich dieser Mühe unterziehen wollen, werden reichen Lohn ernten. Man erkennt unschwer die Gefahr der Gleichgültigkeit; es ist leicht erkennbar, daß die Interessen der Jugend in anderer Richtung gehen. Aber das von mir aufgezeigte Programm gilt nicht speziell für die Jugend; sie soll sich ihrer Jugend erfreuen. Aber sie wird älter werden, und dann wird das Interesse für die Traditionen, die Geschichte und ihre Bedeutung in der Gegenwart erwachen. Geschichte ist nun einmal eine Angelegenheit der Erwachsenen. Für die Erwachsenen enthält die merkwürdige und verwunderliche Entwicklung des alten schleswigschen Herzogtums einen Unruhefaktor und ein Spannungsmoment. Dieser Rahmen umfaßt tiefe Gegensätze; früher gaben sie zu bitteren Kämpfen Anlaß, aber in unserer Zeit können sie sich in Harmonie auflösen. Es ist die Aufgabe der jetzigen Generation, diese Möglichkeiten zu entfalten.

Landesgeschichte und Gegenwart

Nachstehend veröffentlichen wir mit freundlicher Erlaubnis des Verfassers das Schlußkapitel der in der 6. Auflage neu erschienenen Geschichte Schleswig-Holsteins von Otto Brandt und Dr. Wilhelm Klüver. (Siehe hierzu die Buchbesprechung in diesem Heft.)

Ein flüchtiger Blick auf die jüngste Entwicklung Schleswig-Holsteins hat gezeigt, daß die Kräfte, die im geschichtlichen Leben des Landes jahrhundertlang wirksam gewesen sind, sich in den letzten Jahrzehnten gewandelt haben. Die Verbindung der ehemaligen Herzogtümer mit den Dynastien der Schauenburger und der Oldenburger ist abgerissen, der geschichtsbildende Einfluß der Ritterschaft hat seine Bedeutung eingebüßt, und der mitreißende Schwung des nationalen Gedankens ist erlahmt. Die achtzigjährige Zugehörigkeit zu Preußen und die Auswirkungen des technisch-industriellen Zeitalters haben in mancher Beziehung einen Bruch mit der von dynastischen Interessen, ständischen Vorrechten und nationalen Idealen erfüllten Vergangenheit zur Folge gehabt, so daß die landesgeschichtliche Überlieferung im Daseinskampf der Gegenwart kaum noch eine dominierende geistige Macht darstellt. Das Bewußtsein, einer historisch gewachsenen Lebenseinheit und Lebensgemeinschaft anzugehören, ist nichtsdestoweniger in weiten Kreisen der Bevölkerung wach geblieben. Dieses Zusammengehörigkeitsgefühl kann freilich nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Heimat nicht mehr die Mitte des Lebens ist, weil die Kraftzentren, die ihr Schicksal heute bestimmen, sich über Deutschland hinaus in europäische und außereuropäische Bereiche verlagert haben.

Wenn demnach in Schleswig-Holstein die Größe seiner Vergangenheit in keinem rechten Verhältnis zu seinem gegenwärtigen politischen Zustand zu stehen scheint, so schließen die natürliche Lage des Landes und die sich daraus ergebenden mannigfachen Möglichkeiten im Zeitalter der globalen Ost-West-Spannungen jedoch keineswegs aus, daß die schlummernden Kräfte, die sich einst in kleinstaatlicher Enge ausgelebt haben, zu künftigen Aufgaben in größerem Bereiche berufen sein werden. Umhüllt von allen Geisterstimmen der Geschichte sind immer noch die hervorragenden Denkmäler des Landes: die Hünengräber und die Runensteine, die Befestigungen des Danewerks und der Halbkreiswall um Haithabu, das Mauerwerk der Feldsteinkirchen und die Wassergräben der Ritterburgen, die Pracht der erhaltenen Bauern-, Bürger- und Herrenhäuser sowie Schloß Gottorfs vergangene Herrlichkeit. Alle diese Zeugen der Vorzeit sprechen uns eindringlich an, sei es durch ihre Schlichtheit, ihren Prunk oder ihre Schönheit,

und wenn sie auch traumversunken in die Gegenwart hineinragen und keine Kunde davon geben, wo heute das Herz Schleswig-Holsteins am vernehmbarsten schlägt, so bleiben sie doch unverlierbare Erinnerungen, die in eine verhangene Zukunft weisen. Niemand vermag zu sagen, ob cimbrische Schatten noch einmal aufsteigen und eine aufgewühlte Welt bewegen werden.

Unter dieser historischen Perspektive zeichnen sich der heroische Zug und das politische Pathos, die das schleswig-holsteinische Geschichtsbild geprägt haben, in der Gegenwart noch ab. Mag die Einsicht in die erdumspannende Einheit allen Geschehens auch den Blick auf Kontinente und Ozeane gelenkt haben, so ist doch über diesem Wandel der Geschichtsanschauung die Pflege der Tradition eine Verpflichtung geblieben, der sich die lebende Generation in ihren verantwortlichen Vertretern bewußt ist. Schon manche kulturelle Leistung der jüngsten Zeit geht auf das erfolgreiche Bemühen zurück, die äußere und innere Kontinuität des geschichtlichen Werdens zu wahren. Daß die historischen Sammlungen des Landes jetzt in seinem größten profanen Bauwerk, dem Schloß Gottorf, untergebracht und der Öffentlichkeit zugänglich sind, hat diesem ehemaligen Fürstensitz eine neue Bedeutung gegeben: Er ist zu einem „Denkmal der Landesgeschichte“ geworden, das die Zeugen der Vergangenheit in das Dasein der Gegenwart stellt und die Schleswig-Holsteiner mahnt, in ihrer Geschichte zu leben. Die Kräfte, die einst von hier ausgestrahlt sind, können sich heute, in einer veränderten Welt, erneuern und das Gefühl einer lebendigen Volksverbundenheit stärken. Die derzeitige Blüte der heimischen Geschichts- und Kunstgeschichtsforschung mag hierfür ein ebenso verheißungsvolles Anzeichen sein wie die Entstehung eines Kulturzentrums im wiederaufgebauten Kieler Schloß.

Wie aber auch die Lose über das Schicksal des Landes fallen, die Schleswig-Holsteiner werden immer wieder aufgerufen zu zeigen, ob sie stark genug sind, ein neues, historisch begründetes Selbstbewußtsein zu entfalten und aus dem verschütteten Erbe ihrer eigenen Vergangenheit diejenigen geistig-sittlichen Kräfte zu entwickeln, die lebendig und beseelt in die Zukunft zu wirken vermögen. Wenn sie entschlossen sind, die ihnen überlieferten und für sie noch tragfähigen Werte in ihren Willen aufzunehmen und zu neuem Leben zu erwecken, wird es ihnen auch gelingen, ihrer Geschichte einen neuen Sinn und eine neue Bedeutung zu verleihen.

Noch einmal: Schleswigertum ...

Der Schleswig-Holsteinische Heimat-Bund hatte seine Beiratsmitglieder zum 9. März nach Rendsburg eingeladen, um auch von sich aus zur Frage des „Schleswigertums“ Stellung zu nehmen. Die Aussprache ergab, daß es durchaus verschiedene Auffassungen über den „Schleswiger“ und das „Schleswigertum“ und seine geistige, gesellschaftliche und politische Rolle in der Vergangenheit und Gegenwart gibt und wohl auch in Zukunft geben wird, wobei es sich aber genaugenommen mehr um Nuancen ein und derselben Sache bzw. umgekehrt um ein und denselben Terminus für durchaus verschiedene Dinge handelt — die verschiedenen Auffassungen also mehr im sprachlichen Bereich als in der Sache selbst zu suchen sind. Dr. Johannsen nahm die Gelegenheit wahr, seine eigene Auffassung vom „Schleswigertum“ näher zu präzisieren. Wir bringen diese nachstehend.

Schleswig-Holstein muß nach dem Süden und Norden zugleich blicken. „Hamburg“, so sagte Biernatzki 1850, „hängt sich wie ein Igel an das vollblütige Land.“ Was damals Scherz ohne besondere Problematik war, ist heute eine komplizierte Rechenaufgabe unserer Politiker und Wirtschaftler, die natürlich mit Hamburg rechnen wollen, aber die Landesinteressen wahren müssen. Auf geistigem Gebiet nach Süden schauend, bedingt, was Thomas Mann, Gerhart Hauptmann und Bert Brecht sagten, auch unser Lebensgefühl und Lebensverständnis.

Nach Norden jedoch blickend, tritt eine andere Komponente hinzu, für deren Beachtung die deutschen Schleswiger in erster Linie in Frage kommen. Diese sind das Ergebnis eines geschichtlichen Lebensprozesses, im Verlauf dessen im ehemaligen Herzogtum Schleswig viele Menschen bewußte Deutsche wurden. Die besonderen Bedingungen dieses Prozesses brachten es mit sich, daß, wie Otto Scheel sagte, im Leben dieser Deutschen die Grundmelodie — der *cantus firmus* — deutsch ist, während dazwischen sich die Töne der nordischen Glocken als *cantus figuratus* — als Begleitmelodie — schieben können. Kommt es uns im Norden des Landes darauf an, das Grenzgebiet wegen der EWG-EFTA-Probleme wirtschaftlich besonders sorgfältig zu fördern, so muß ebenso nachhaltig die Pflege deutscher Kulturwerte angestrebt werden, weil die frühere Schleswigfrage weniger eine politische denn eine Bildungsfrage geworden ist. Jeder, der in diesem Raume seinen eigenen Lebensstil als Deutscher oder Däne anstrebt, wird vor diese Frage gestellt. So verstanden ist das Schleswigertum immer wieder eine mögliche Form des Daseins, und darum geht es bei der Erfüllung der geistigen Physiognomie des Herzogtums Schleswig. So in etwa formulierte ich in einer Betrachtung vor einiger Zeit, die von dänischen und deutschen Publizisten auf

mannigfache Art interpretiert wurde. Ich darf dazu ergänzend bemerken: Unter dem historischen Begriff und unter der geistigen Physiognomie des Herzogtums Schleswig verstehe ich kein politisches Programm, keine politische Realität irgendwelcher Art und auch keinen Partikularismus. Ich verstehe darunter vielmehr die Entfaltung der einzelnen Persönlichkeit aus den geistigen Gegebenheiten der Heimatgeschichte. Ich verstehe unter einem deutschen Schleswiger einen Menschen, der sich zutiefst dem deutschen Humanismus des 18. Jahrhunderts verpflichtet weiß, in dessen Nachfolge er Thomas Mann als Repräsentanten unserer Zeit betrachtet und in sein Leben hineinnimmt, der aber darüber hinaus dankbar für das ist, was seit Holbergs Tagen mit Grundtvig und Kierkegaard, mit Jacobsen und H. C. Branner in sein Leben trat. In diesem Zusammenhang denke ich an einen mir bekannten, betont dänischen Bauern in Nordschleswig, der Fritz Reuters Welterfahrung und Lebensschau nicht missen möchte, und an jenen dänischen Akademiker, der nicht etwa aus Gründen der Repräsentation es liebte, praktisch den gesamten Faust I zu zitieren. Diese Dinge kann man nicht fassen, und doch sind sie Realitäten. Zwar wirken sie im Privaten, aber sie haben Wirkungen für das gesellschaftliche Verhalten der Menschen, womit ich meinem Freunde Ernst Beier antworten möchte. Sie wirken in vielen Menschen zwischen der Eider und der Königsau, vielleicht besonders bei den Stillen im Lande. In der Tat ist an jene Physiognomie gedacht, deren Bild, wie Dr. Hanno Schmidt meint, die neueste Entwicklung ahnen läßt. Zwar ist nach Dr. Schmidt alles im Werden, aber für das Werden sind wir ja als Zeitgenossen verantwortlich, und Zeitgenosse sein, so sagt Theodor Steltzer, bedeutet, die Existenz- und Denkmöglichkeiten zu ermessen, die in der Menschengemeinschaft einer bestimmten Zeit liegen, um danach zu handeln. Unsere Existenz- und Denkmöglichkeiten sehen nach der Meinung des Dänen Emil Frederiksen so aus, daß wir zwischen Skandinavertum und Deutschtum einen friedlichen Nationalitätenkampf führen, bei dem das Neue dies ist, daß keine der Parteien wünscht, die andere zu unterdrücken. Wir bemerken als Deutsche zustimmend dazu, daß der Landesteil Schleswig kulturell kein Niemandsland werden darf und daß ihm vermittelnde Funktionen für den ganzen skandinavischen Raum zufallen. Wir stimmen auch Dr. Paul Koopmann zu, der da sagt, daß das Gespräch sowohl über die Vogelfluglinie als über den Ochsenweg geführt wird. Es ist heute eine schleswig-holsteinische Angelegenheit. Aber an anderer Stelle sagt Koopmann, daß weder die eiderdänische noch die schleswig-holsteinische Bewegung die menschliche „Erlösung“ des Grenzraumes brachten. Um diese geht es heute, das heißt um die Freiheit und das Frohsein des einzelnen Menschen. Dies ist sowohl eine schleswig-holsteinische als auch eine dänische Sache, bei deren Behandlung man an mancherlei Sachkenntnisse der deutschen Schleswiger denken und sie zu Rate ziehen könnte. Die holsteinischen Landsleute wären unserer tiefen Dankbarkeit gewiß, wenn sie mit geistiger

Intensität sich mit uns in dieser Aufgabe verbänden.

Ein großer Aufwand der Geschichte wäre schmäählich vertan, wenn wir in Schleswig-Holstein und im besonderen an seiner Nordgrenze ein Stadium erreicht hätten, in welchem uns der Nachbar gleichgültig wurde. Daß das nicht geschehen möge, daß Schleswig-Holstein, ich verwende hier abgewandelt den Titel eines der bedeutendsten und berühmtesten Essays Thomas Manns, daß Schleswig-Holstein als „geistige Lebensform“ eine Aufgabe bleiben möge, daß wir den Wunsch haben zu wissen, wer wir sind, woher wir kommen, wohin wir gehen, daß wir das redlich untersuchen und daß wir bereit sind, der Idee der Mitte zu dienen: das scheinen mir Möglichkeiten und Aufgaben für uns als Zeitgenossen zu sein.

Ein Scherz mit ernstem Hintergrund ...

... und wer hat nun recht?

Die von Dr. Hans Peter Johannsen durch seinen Husumer Vortrag heraufbeschworene Debatte um das „Schleswigertum“ hat ihn selbst am meisten überrascht. Dem „Nordschleswiger“ aber war sie ein Anlaß, die an dieser Auseinandersetzung Beteiligten ein wenig belustigt-ironisch aufs Korn zu nehmen, um damit auch seinen Teil zum Thema beizutragen. Weil wir meinen, daß auch diese Art der Betrachtung des Lebens und der Dinge irgendwie zum „Schleswigertum“ gehört und als gutes Mittel gegen den allzu tierischen Ernst nicht schaden kann, veröffentlichen wir diesen Bericht von der „999. Grenzlandtagung des Tagungsinflationsjahres 1966“ in der Hoffnung, daß sowohl unsere Leser als auch die „Betroffenen“ ihren Spaß daran haben — und damit möge es mit dem Streit um das „Schleswigertum“ nun zunächst sein Bewenden haben ... bis zum nächstenmal!

Bis auf den Alsensund hinaus vernahm man den Lärm erregter Debatte. — Es war schleswigscher Lärm. Auf Schloß Sandberg tagten wackere schleswigsche Streiter. Schloßherr Professor Troels Fink hatte sie eingeladen zur 999. Grenzlandtagung des Tagungsinflationsjahres 1966. Vom UN-Palast in New York in die heimatlichen Gefilde geeilt, wollte der Professor und Generalkonsul nun endlich geklärt wissen: Wer ist der letzte Schleswiger? Gibt es ein schleswigisches Volkstum?

*

Bibliotheksdirektor Dr. Hans Peter Johannsen, Flensburg, beleuchtete in formvollendeter, liebenswerter Weise in einem einleitenden zweistündigen Vortrag den „Schleswiger“, wie er ihn sich vorstellt. „In einem Satz kann ich nicht sagen, was ich meine“, erklärte er, „aber es ist ganz gewiß nicht die Rede von einem sprachlichen und nationalen Eintopf.“

„Richtig!“ rief Dr. Paul Koopmann dazwischen, „aber intellektuell gesehen, ist dem Schleswiger die geistige Erfüllung nicht zuteil geworden.“

„Das läßt sich hören“, meinte Dr. Johannsen, „aber wir fühlen wohl alle in uns den Drang zur Stärkung der schleswigschen Gemeinschaft.“

„Jawohl“, warf Eskild Bram („Jydske Tidende“) ein, „aber wer war nun der erste Schleswiger, wer der letzte? Ich kenne nur Neu-Schleswiger.“

*

Damit war ein zündender Funke in das Pulverfaß geflogen. Ein gewaltiger Stimmenwirrwarr machte sich breit, aus dem man hin und wieder die Stimmen Jacob Kronikas, Dr. Johannsens und Morten Kamphöveners heraushören konnte. Sie versuchten, sich gegenseitig davon zu überzeugen, daß sie der Erfinder des

„letzten Schleswigers“ seien.

Als die Erregung etwas nachließ, einigte man sich in der Feststellung, daß man sich nicht darüber einigen könne, wer als „letzter Schleswiger“ zu bezeichnen sei. Man verwies dabei auf die Erklärung des „Nordschleswigers“: „Wir sind davon überzeugt, daß es auch noch im Jahre 2000 den „letzten Schleswiger“ geben wird.“

*

Professor Troels Fink: „Wollen Sie damit etwa den schleswigschen Gedanken torpedieren, mit dem wir nach dem Kriege in der Kulturoffensive versuchten, Südschleswig für Dänemark zu erobern?“

Jacob Kronika: „Wir stellten nur unsern verdeutschten schleswigschen Landsleuten ein dänisches Licht ins Fenster!“

Dr. Koopmann: „Das haben wir mit unserer Loyalitätserklärung kräftig ausgepustet. Bei uns hat die Zukunft bereits begonnen!“

Karl Otto Meyer: „Sie Nordschleswiger können pusten, soviel Sie wollen. Ich bin mit Dr. Johannsen darin einig, daß die Deutschen mehr Dänisch lernen sollen. Im übrigen aber kämpfen wir uns mit dem Selbstbestimmungsrecht in der Faust den Weg frei für ein dänisches Schleswig bis zur Eider!“

Hier mischte sich Dr. Martin Steinhäuser, Flensburg, in die Debatte. „Meine Herren, Sie übersehen doch wohl, daß der deutsche Schleswiger nur die eine Hälfte des guten Schleswig-Holsteiners ist. Sie mögen dann meinewegen meinen, daß er die bessere Hälfte ist.“

*

Inzwischen wuchs die Stimmung, angeregt durch die von den Gästen südlich der Grenze mitgebrachten zollfreien Getränke. Es entstand ein Zustand, den man schleswigsche Verbrüderung nennen kann. Worte wie Eider und Königsau schwirrten durch den Raum, was schließlich den zweiströmigen Axel Henningsen, Kiel, zu dem Vorschlag veranlaßte: Gründen wir ein neues Herzogtum Schleswig. Als Herzog schlug er Jens Nydahl vor, und zwar mit der Begründung, er besitze Würde, spreche hochdeutsch, plattdeutsch, hochdänisch, plattdänisch und sei außerdem guter deutscher Gesinnung.

Inzwischen traf aus Elmshorn ein Telegramm ein: „Erinnere daran — stopp — daß ich schon 1947 — stopp — den Ur-Schleswiger erfand — stopp — Dr. Richard Schenck.“

*

Dann ging das Licht und damit auch die Tagung aus, denn im Apenrader Hochspannungswerk gab es wieder einmal eine der bekannten Störungen des Jahres 1966.

*Der Mensch hat nicht das Recht,
sich abzuwenden und sich zu verschließen vor dem,
was auf der Erde geschieht.*

DOSTOJEWSKI / „Aus dem Notizbuch“

Der weite Weg der deutschen Volksgruppe in Nordschleswig

Aus der Grundsatzdebatte des Bundes deutscher Nordschleswiger in der Grenzakademie Sankelmark

Wer über Situation und künftige Entwicklung der deutschen Volksgruppe in Nordschleswig etwas aussagen will, muß zunächst bemüht sein, eine „Abbildung der verstorbenen Zeit Art zu geben“, erklärte Redakteur Jes Schmidt in seinem einleitenden Referat zu der vielstündigen Grundsatzdebatte auf der Jahrestagung des Bundes deutscher Nordschleswiger zum Beginn des Jahres 1967 in der Grenzakademie Sankelmark. Er spannte den Bogen vom eigentlichen Geburtstag der Volksgruppe als nationale Minderheit im Jahre 1920 bis zur Jahreswende 1966/67. Dabei teilte er die verfloßenen fast 47 Jahre in drei Perioden ein:

1. *Die Periode von 1920 bis 1933:* Ausbau der Volksgruppe als eigenständig volkliche Gemeinschaft im Herbergsstaat Dänemark.
2. *Die Zeit von 1933 bis 1945:* mit den Impulsen, dem Glanz, der Tragik, dem Wahnsinn und der Schuld des Dritten Reiches einschließlich des Mißbrauchs der idealistischen Haltung unserer Jugend, deren Blüte zu einem großen Teil auf den Schlachtfeldern des letzten Krieges verblutete.
3. *Die Zeit von 1945 bis heute:* einmal die Jahre der großen Bewährungsprobe der nach 1920 gewachsenen Volksgruppe, zum anderen Wiederaufbau der deutschen volklichen Arbeit auf allen Gebieten.

Die Periode von 1920 bis 1933

Am Beginn stand 1920 der große Aderlaß der Abwanderung von vielen Tausend mit der Heimat eng verbundenen Beamtenfamilien nach Deutschland. Sie tauchten in den Folgejahren z. T. in den Vereinen heimattreuer Nordschleswiger in Schleswig-Holstein auf. Das nordschleswigsche Deutschtum war ganz auf sich selbst gestellt, hatte aber einen starken Halt in den deutschen Kommunalschulen, in der Erinnerung an Glanz und Geborgenheit des Kaiserreiches, in der den ganzen Landesteil erfassenden Enttäuschung über die wirtschaftliche Entwicklung unter Dänemark und in der Hoffnung auf eine Revision der Grenzziehung von 1920.

Über allem stand der Punkt 2 der Satzungen des Schleswigschen Wählervereins wie ein hehres Ziel, in dem hinsichtlich der Grenze die Hoffnung auf eine neue Entscheidung ausgesprochen wurde.

Schließlich hatte man 1920 Städte und Gemeinden an der Grenze majorisiert, sie gegen ihren Willen zu Dänemark geschlagen. Aus Deutschland kamen die starken Impulse eines in vielen Teilen Europas lebendigen Volksdeutschtums. Das mißachtete Selbstbestimmungsrecht der Völker fesselte uns, und ich erinnere mich aus persönlichem Erleben, wie bitter wir das Unrecht von Versailles empfanden, Danzig, Oberschlesien, Österreich. Wir empörten uns über die Nichtanwendung des Selbstbestimmungsrechts fast überall dort, wo es zugunsten deutscher Menschen sprach. Und was die Gerechtigkeit der Abstimmungen in unserem Raum anbetraf, war der Gedanke der Tiedje-Linie durchaus noch lebendig. Es war die Periode, die von der Persönlichkeit Pastor Schmidt-Wodders geprägt wurde.

Die Zeit von 1933 bis 1945

Als die erste Periode etwa 1933 zu Ende ging, war der Aufbau einer eigenständigen Volksgruppe nahezu beendet, z. B. konnte das nach dem Herninger Abkommen von 1928 * gegründete Deutsche Gymnasium seine ersten Abiturienten entlassen.

Was 1933 an Umwälzungen in Deutschland geschah, wurde von den deutschen Nordschleswigern sicherlich nur als eine Fortsetzung der volklichen Politik der zwanziger Jahre angesehen, die Erfüllung und Gerechtigkeit bringen sollte.

Man empfand bis 1939 die Politik des Dritten Reiches als Erfüllung berechtigter Forderungen, die das Prinzip des Selbstbestimmungsrechtes zur Grundlage hatte. Den Bruch Hitlers mit dieser volklichen Politik empfanden viele von uns erst, als im Frühjahr 1939 der Einmarsch deutscher Truppen in Prag erfolgte. Was dann kam, läßt sich in seiner Tragik, Verstrickung in Irrwegen und Gewaltpolitik nicht mit normalen Maßstäben messen.

Man hat den deutschen Nordschleswigern wegen ihrer Haltung von 1939 bis 1945 dänischerseits schwere Vorwürfe gemacht. Meistens hat man dabei allerdings vergessen, auch vor der eigenen Tür zu kehren. Ganz sicherlich sind die Jahre der Besatzungszeit auch für die dänische Politik kein Ruhmesblatt. Den dänischen Anklagebehörden gelang es nach dem Kriege in keinem Fall, eine Hochverratsanklage gegen einen Nordschleswiger mit Erfolg durchzuführen. Und wenn es aus jener Zeit auf deutsch-nordschleswigscher Seite Irrtümer und Schuld gegeben hat, so ist die Rechnung nachher in einer Art und Weise beglichen worden, wie man es in der Geschichte unseres Grenzlandes nie zuvor erlebt hat. An die 6000 Gefängnisjahre verhängten die Gerichte über deutsche Nordschleswiger, das sind mehr Gefängnisjahre, als alle Spruchkammern der britischen Besatzungszone Deutschlands zusammen in den Jahren nach 1945 über frühere Mitglieder der Partei Hitlers verkündeten. Wir deutschen

Nordschleswiger haben es nicht nötig, weder Schwarz noch Weiß aus jener Periode von 1933 bis 1945 zu vertuschen. Deswegen hat es auch nach 1945 in Nordschleswig kein „Sühne-Deutschtum“ gegeben.

Die Jahre nach 1945 — als alles verloren schien

Der Beginn der dritten Periode stand im Zeichen eines dänischen Mißbrauchs der nach der Kapitulation von 1945 entstandenen Situation im Grenzland zu nationalen Zwecken. Gegen die entschiedene Warnung der älteren dänischen Generation im Grenzland bediente man sich der Methoden, die man zu bekämpfen vorgab. Wir deutschen Nordschleswiger können es Dänemark nicht vorwerfen, daß eine Reaktion auf die deutsche Besetzungszeit folgte. Die Schließung unserer Schulen, die Beschlagnahme unserer Häuser und kulturellen Einrichtungen, an deren Einrichtungen gewiß kein Hitler beteiligt war, aber stellte ebenso wie die rigorose Einsperrung von Tausenden von nordschleswigschen Männern und Frauen ein Unrecht dar. Die Diskriminierung unserer Frontfreiwilligen erschien mir immer und erscheint mir auch heute grotesk und beschämend. Wer die Berichte der Parlamentarischen Untersuchungskommission studiert, der weiß, daß diese Feststellungen richtig sind.

Ebenso wichtig wie die Abschnitte von 1920 bis 1933 und von 1933 bis 1945, ja noch bedeutungsvoller sind diese Jahre der großen Bewährungsprobe der deutschen Volksgruppe in den ersten Nachkriegsjahren. Als alles verloren schien, als für Deutschland das Programm des Morgenthau-Planes galt und kaum Aussicht auf eine schnelle Wiederbegründung vorhanden war, als Kai Edvard Larsen von der „letzten Runde“ sprach, die jetzt für die Volksgruppe eingeleitet worden sei, da hielten die Nordschleswiger nicht nur zäh, selbstlos und mutig an ihrer Zugehörigkeit zum deutschen Volk fest, da schufen sie nicht nur das Fundament für den in den fünfziger Jahren folgenden durchaus imponierenden Wiederaufbau, damals legte man auch im Rahmen des Bundes deutscher Nordschleswiger die Grundlage für eine neue deutsche Politik.

Es ist dieselbe Grundlage, die die später entstehende Bundesrepublik Deutschland dazu benutzen konnte, ihre Beziehungen zu Dänemark und zu den anderen nordischen Ländern zu normalisieren. In diesem Kreis der Tatsachen aus der ersten Nachkriegszeit darf auch die Feststellung nicht fehlen, daß die Standfestigkeit der deutschen Volksgruppe in Nordschleswig wesentlich dazu beitrug, die Nordgrenze Deutschlands zu sichern und den volklichen Dammbbruch südlich der Grenze in seinen Folgen zu begrenzen.

Wenn jemals das Wort vom Licht ins Fenster stellen zutreffend gewesen ist, so weiß Gott in der Zeit nach 1945. Die deutschen Nordschleswiger zündeten in der Nacht deutscher Hoffnungslosigkeit, die über dem Grenzland lag, ein kleines Licht der Hoffnung an, das weit hineinreichte in das Gebiet der dänischen

Kulturoffensive bis zur Eider und den deutschen Menschen im Landesteil Schleswig ein wenig Zuversicht und ein wenig neuen Mut gab.

Von den Konsequenzen, die sich ergeben haben

Mit dem Blick auf heute kommen wir allerdings auch nicht um eine Einsicht herum, die wir damals in den Jahren vor 1950 machen mußten. Wer die Augen nicht vor den Tatsachen verschloß, erkannte nach dem Kriege recht bald, daß sich das Deutschtum nicht nur in einer ungeheuer schwierigen Situation befand, er mußte auch mit Sorge die Konsequenzen ins Auge fassen, die sich wohl oder übel in den kommenden Jahrzehnten zeigen würden.

Ohne Verluste konnte der Tod von 600 bis 700 jungen Nordschleswigern auf den Schlachtfeldern für die Volksgruppe auf die Dauer nicht bleiben. Hunderte von jungen, hoffnungsvollen deutschen Familien wurden nicht gegründet. Daß sie uns heute fehlen, in den Stimmzahlen genau so wie in den Schülerzahlen, kann einfach nicht bestritten werden.

Die Kinder deutscher Eltern in Nordschleswig, die zwischen 1935 und 1946 geboren wurden, konnten auf Grund der Schließung unserer Schulen nur einige Jahre deutschen Unterricht, viele Jahrgänge überhaupt keinen deutschen Unterricht bekommen. Daher gründeten wir u. a. die Nachschule in Tingleff. Daß unter solchen Umständen der Kontakt dieser jungen Menschen zum deutschen Leben in Gefahr geriet, ist eine Binsenwahrheit. Ich sage sie nur, weil offensichtlich nicht jeder in den Binsen gesessen hat. Die Folgen der schullosen Zeit treffen uns schon seit einigen Jahren, sie werden unser deutsches Schulwesen ganz bis in das Jahr 1980 hinein belasten. Realistische Betrachtungsweise verpflichtet uns dazu, das zu erkennen. Ganz werden wir die Folgeerscheinungen erst im Laufe von Jahrzehnten überwunden haben.

Sagen wir es einmal anders: Krieg und Nachkriegszeit haben dem Kern der deutschen Volksgruppe Substanzverluste zugefügt, die traurig und schmerzlich sind. Wir würden aber die Dinge noch schlimmer machen, wenn wir die Ursachen dieser Verluste nicht erkennen wollten.

Die Verluste, die wir aus der Kriegs- und Nachkriegszeit hinnehmen müssen, mögen uns bedrücken. Sie mögen einige von uns zu pessimistischen Betrachtungen veranlassen. Ich meine aber, daß sie uns auch die Aufgabe stellen, den Kern des nordschleswigschen Deutschtums stark zu machen. Denn nur von einem starken Kern aus können wir uns die Hoffnung machen, die Verluste auszugleichen, und die Grundlage für neuen Ausbau und Fortschritt zu legen.

Wo aber ist unser Kern? Er ist vor allem in den vielen deutschen Familien zu suchen, in denen es heute und auch in Zukunft gute heimatische Tradition ist, die Kinder in die deutsche Schule zu schicken, am deutschen volklichen Leben teilzunehmen und alle deutschen Bestrebungen im Grenzland zu unterstützen.

Gerade deswegen kommt es in der vor uns liegenden Zeit mehr denn je darauf an, die Familienbetreuung, den Kontakt der einzelnen Familie zur Gemeinschaft zu festigen. Nur so können wir eine Gemeinschaft sein und bleiben.

Aus der großen Bewährungsprobe der Nachkriegszeit darf das nordschleswigsche Deutschtum das Recht ableiten, in den Genuß der vollen Solidarität des eigenen Volkes zu gelangen. Was die deutsche Volksgruppe an Verlusten und Leistungen für das deutsche Volk in schwerer Zeit aufzuweisen hat, erlaubt es ihr mit Fug und Recht, von Deutschland zu erwarten, daß es jede geistige und materielle Hilfe leistet, die die deutsche Volksgruppe in Dänemark braucht, um mit Aussicht auf Erfolg ihre Aufgabe im Grenzraum zwischen dem Süden und dem Norden erfüllen zu können. Was man heute in Nordschleswig versäumt, wird man morgen um ein Vielfaches südlich der Grenze bezahlen müssen.

Als wir 1947, nachdem wir bereits 1946 unter Verlusten an den Kommunalwahlen teilgenommen hatten, vor der Frage standen, ob wir eine Wahlbeteiligung wagen konnten oder nicht, entschlossen wir uns mit beachtlicher Mehrheit für Beteiligung an der Wahl. Ein Mandat erreichten wir nicht. Die Zahl von reichlich 7400 Stimmen reichte aber dazu aus, vor Dänemark und vor der ganzen Welt zu dokumentieren, daß zumindest eine der deutschen Volksgruppen in Europa übriggeblieben ist, die die Absicht hat, sich weiter zu behaupten. Sie bleibt ein Faktor, mit dem man auch künftig im deutsch-dänischen Grenzraum zu rechnen hat.

Man mußte spätestens Ende Oktober 1947, daß das nordschleswigsche Deutschtum nicht, wie man es 1920 prophezeite, wie der Frühlingsschnee vor der Sonne schmelzen würde, und man mußte wohl oder übel zur Kenntnis nehmen, daß die voreilig angekündigte „letzte Runde“ des nordschleswigschen Deutschtums keineswegs die letzte war. Und noch ein weiteres geschah nach der Wahl 1947: Man änderte das Wahlgesetz, setzte die nordschleswigsche Mandatszahl von sieben auf sechs herab, so daß die Erreichung eines deutschen Kreismandats praktisch nicht möglich war. Damit begann im Grunde der heute wieder so aktuelle Streit um das Wahlgesetz.

Jes Schmidt beschäftigte sich anschließend eingehend mit den geschichtlichen und aktuellen Aspekten der dänischen Wahlgesetzgebung, vor allem der Zwei-Prozent-Sperrklausel, deren Fortbestehen die deutsche Volksgruppe veranlaßte, sich aus Protest gegen dieselbe nicht an der Folketingswahl im Oktober 1966 zu beteiligen. Wir verzichteten in diesem Zusammenhang auf die Wiedergabe der sehr diffizilen und verzwickten Fragen des dänischen Wahlrechts, der Bedeutung der Wahlkreiseinteilung für die Wahlchancen der Slesvigs Parti und der Rolle der richtigen Wahlstrategie für die Erringung eines Folketingsmandats durch die Volksgruppe, weil auch der Vergleich mit dem schleswig-holsteinischen bzw. bundesdeutschen Wahlrecht das Verständnis kaum erleichtern würde.

Zum Schluß seines Vortrages faßte Jes Schmidt die nach seiner Meinung wichtigsten aktuellen Aufgaben der Volksgruppe in folgenden fünf Punkten zusammen:

Weg und Ziel des nordschleswigschen Deutschtums heute

1. Es ist die Sicherung unseres Rechts, in freier Entscheidung nach deutscher Art und gemäß Jahrhunderte alter Tradition in unserer Heimat zu leben. Es ist die Sicherung unseres guten Rechts, als Staatsbürger Dänemarks Angehörige des deutschen Volkes zu bleiben.
2. In politischer Hinsicht sehe ich folgende Ziele:
 - a) Übernahme von Mitverantwortung überall, wo es möglich ist in Staat, Kommunen, Kreisen, Genossenschaften Gewerkschaften usw., und Wahrnehmung des Mitspracherechts in allen öffentlichen Angelegenheiten, wie es jedem Staatsbürger zusteht. Das heißt: keine Isolierung.
 - b) Behauptung des Rechts, alle Nordschleswiger, die uns nahestehen, für unsere Lebensart zu gewinnen.
 - c) Fortsetzung der politischen Linie, die wir seit 1945 verfolgen: Nicht Verschiebung, sondern Überwindung der Grenze im europäischen Sinne. Öffnung des Tores nach dem Süden. Freizügigkeit von Arbeitskräften und Kapital im ganzen Grenzland, d. h. Verwirklichung der Wahlprogramme der Schleswigschen Partei.
3. Verstärkung des Kerns der Volksgruppe als Kristallisationspunkt des ruhenden Deutschtums und der vielen Menschen, die auf Grund ihrer Abstammung und Familientradition zu uns gehören. Die Festigung des Kerns muß dabei Vorrang vor der Rücksicht auf die Zahl haben. Ich sage das deswegen, weil die Erfahrung lehrt, daß es auf die Dauer gesehen immer auf den Sauerteig ankommt.
4. In wirtschaftlicher Hinsicht geht es in der kommenden Zeit darum, ein gewisses Maß an Investitionsmöglichkeiten zu schaffen. Der Mensch lebt zwar nicht vom Brot allein, aber ohne Brot geht es auch nicht. Es bleibt dabei zu untersuchen, welchen Weg man gehen kann. Eventuell ein neues Kreditinstitut als Ergänzung der Selbsthilfe und des Kreditgarantie-Ausschusses usw.
5. In volklicher und kultureller Hinsicht ist es unsere Aufgabe, die Nordgrenze des deutschen Volkes zu bilden. Wenn, wie wir hoffen, einmal die alte Heerstraße oder, wie man sie auch nennt, der Ochsenweg, wieder offen sein wird, wie es in den vergangenen Jahrhunderten der Fall war, wenn die EWG-EFTA-Grenze fällt, wenn im wesentlichen Administrations- und Souveränitätsgrenzen übrigbleiben, dann sind wir zwar nicht mehr Minderheit im alten Sinne des Wortes, weil wir damit unserem Volk nähergerückt sind, aber wir werden deswegen nicht aus der immerwährenden Aufgabe

entlassen, das Nachbarschaftsverhältnis im Grenzland zu gestalten. Deutsche und Dänen sind im schleswigschen Raum nicht nur heute Nachbarn, sie werden es auch morgen und immer bleiben. Wo die Grenze zwischen diesen Nachbarn verlaufen wird, hängt von unserer volklichen Arbeit, von unserer volklichen Kraft und auch von unserer Bereitschaft ab, am deutschen Leben festzuhalten. Dabei haben wir es hier mit einer Grenze zu tun, die nie festliegen wird. Dänischerseits spricht man davon, den Landesteil Schleswig bis zur Eider in den Bereich dänischen Lebens einzugliedern. Man gewährt uns dasselbe Recht bis zur uralten schleswigsch-dänischen Grenze an der Königsau.

Es gibt für uns keine Wundermedizin

Dabei müssen wir uns meiner Meinung nach darüber klar werden, daß es keine Wundermedizin gibt, mit der wir alle unsere Sorgen und Schwierigkeiten beheben könnten. Es läßt sich auch nicht machen, künstlich eine Idee oder eine Theorie zu schaffen, die uns schnelle Erfolge bringen würden. Uns hilft nur Beharrlichkeit, Festigkeit, gegenseitiges Vertrauen und gute Arbeit.

Vor uns liegen Jahre, die nicht leicht sein werden. Es kann Wahlen geben mit Zahlen, die an den Tiefstand der dänischen Minderheit in Südschleswig Ende der zwanziger und Anfang der dreißiger Jahre erinnern. Denen, den der Weg zu schwer erscheint, können wir ohne Groll mit Theodor Storm sagen: Geht immer hin, denn eure Tat ist euer, und widerruft, was einst das Herz gebot. Für den Kern der deutschen Volksgruppe mag gelten, was der dänische Dichter Johannes V. Jensen im vergangenen Jahrhundert im Zuge der Neugewinnung dänischen Selbstbewußtseins schrieb: Sønner af de slagne, se i står på muld. Söhne der Geschlagenen, seht, ihr steht auf fruchtbarem Boden.

Das Mögliche ist das Erstrebenswerte

Meiner Meinung nach steht das nordschleswigsche Deutschtum vor einer Wanderung durch Jahre mit Schwierigkeiten, durch Jahre, die viel Idealismus, viel Standhaftigkeit und viel Kraft von uns allen fordern werden. Es sind Jahre, in denen wir nach dem Möglichen streben und nicht nur auf das Wünschenswerte starren dürfen. Wir dürfen uns keiner Verkrampfung hingeben, dürfen nicht mehr scheinen wollen, als wir wirklich sind, müssen uns in aller Schlichtheit als gute Deutsche, als treue Verwalter unserer Heimat bewähren und zu unserem Teil dazu beitragen, daß europäische Zusammenarbeit auch in unserem Brückenland gedeiht.

47 Jahre lang unter Dänemark waren ein langer, mühevoller und steiniger Weg. Die Volksgruppe hat sich besser, weitaus besser behauptet, als man es vor 47 oder vor 25 Jahren auch nur hoffen konnte. Meine Überzeugung ist, daß sich auch

nach 33 Jahren, wenn ein neues Jahrtausend beginnt, deutsche Nordschleswiger finden werden, die unser heimatliches und volkliches Erbe weitertragen werden.

*

Die an das Grundsatzreferat anschließende umfangreiche Aussprache über Weg und Ziel der deutschen Volksgruppe war noch sehr stark beeinflusst von dem nur mit einer knappen Mehrheit gefaßten Beschluß der Nichtbeteiligung an der jüngsten Folketingswahl, der Bedeutung eines gewählten Vertreters in Christiansborg und der Rolle der Politik ganz allgemein für den Bestand der Volksgruppe. Als nicht unmittelbar beteiligter Zuhörer von südlich der Grenze hatte man ein klein wenig den Eindruck der Überbewertung und Überbetonung des politischen Faktors für eine erfolgreiche Volkstumsarbeit. Bei dieser verständlichen Reaktion auf Jüngstvergangenes war von den kritisch Stellung nehmenden Vertretern der deutschen Nordschleswiger offenbar überhört worden bzw. es wurde nicht eingegangen auf so manchen Hinweis für eine künftige erfolgreiche Arbeit — sowohl von seiten des Referenten als auch der Volksgruppenleitung. Die Feststellung eines Diskussionsredners, der einen seiner nordschleswigschen Freunde mit dem Ausspruch „Wir fehlen eine Idee“, zitierte, ging sicher daneben, wenn man auf das achtete, was außerhalb des Politischen und manchmal mehr am Rande gesagt wurde. Wer sich die Mühe des genauen Hinhörens machte, konnte durchaus feststellen, daß man wenn auch keine in sich geschlossene Idee, so doch durchaus pragmatisch erarbeitete und realisierbare Vorschläge auf seiten der Volksgruppenleitung für die künftige Arbeit hat. Es kommt — siehe Jes Schmidt — heute auf die zähe und mühselige Kleinarbeit entscheidend an: sie allein garantiert für die Zukunft den Bestand des Deutschtums in Nordschleswig.

Ernst Beier

Mitgliederbeitrag 1967 des Grenzfriedensbundes

Es wird darauf aufmerksam gemacht, daß der Jahresbeitrag für 1967, soweit er den Betrag von 2,— DM übersteigt, fällig ist. Um baldige Überweisung wird gebeten. Konten: Kreissparkasse Husum, 1386; Postscheck: Hamburg 11407.

Alte Grenzfriedenshefte aller Jahrgänge

erbittet die Geschäftsstelle des Grenzfriedensbundes, Husum, Theodor-Storm-Str. 9, da bei ihr immer wieder Anfragen eingehen wegen der Nachlieferung von Heften früherer Jahrgänge, die in ihren Beständen nicht mehr vorhanden sind.

Erfahrungen und Tendenzen 1962-1966

Stadtbücherei Flensburg / Flensburger Volkshochschule e.V.

Wir veröffentlichen im folgenden eine Betrachtung über die Arbeit der Flensburger Stadtbücherei und der in ihrem Hause untergebrachten Volkshochschule, der in mancher Beziehung grundsätzliche Bedeutung zukommt. Die Abschnitte I, IV und V stammen aus der Feder von Bibliotheksdirektor Dr. Johannsen, die Abschnitte II und III wurden von der Ersten Bibliothekarin der Stadtbücherei, Frau Elsa Rössler, verfaßt.

I

Als vor zehn Jahren die Absicht, dem deutschen Büchereiwesen an der Grenze bessere Arbeitsmöglichkeiten zu geben, Gestalt gewann, entstand der Plan, für die Stadtbücherei Flensburg ein repräsentatives Haus mit allen modernen Erfordernissen an den Süderhofenden zu bauen. Am 4. Mai 1962 wurde nach zweijähriger Bauzeit die heutige Stadtbücherei ihrer Bestimmung übergeben. Die Planung sah die Unterbringung des Büros der Flensburger Volkshochschule e.V. im gleichen Hause vor. Auch sollte ein Teil ihrer Tätigkeit in dieses Gebäude verlegt werden. Von Anfang an war es die Absicht, sowohl der Stadtbücherei die unbedingt notwendigen besseren Arbeitsmöglichkeiten hinsichtlich der Räume und der Ausstattung zu geben, da die Verhältnisse im Deutschen Haus durch die positive Entwicklung der Büchereiarbeit technisch in jeder Weise unzureichend geworden waren, als auch das Haus so zu gestalten, daß es zum Mittelpunkt einer allgemeinen kulturellen Öffentlichkeitsarbeit auf literarischem Gebiet werden könne. Und hier bot sich die Partnerschaft mit der Volkshochschule an, wenngleich auch ohne eine solche Verbindung eine moderne Stadtbücherei in der Lage sein muß, Öffentlichkeitsarbeit auf breitester Grundlage zu treiben.

Nachdem nun ein Jahrfünft im neuen Haus vergangen ist, erscheint es angebracht, die bisherigen Arbeitsergebnisse in ihrer Gesamtheit zu betrachten und zu analysieren. Ein einziges Jahr stellt einen zu kurzen Zeitraum dar, als daß man aus den Zahlenergebnissen die richtigen Folgerungen ziehen könnte.

Vorweg ist jedoch zu bemerken, daß Zahlen immer nur einen bedingten Aussagewert über eine kulturelle Tätigkeit besitzen. Zwar sind sie als Meßzahlen unentbehrlich, jedoch erschließt sich dem Betrachter das Bild kultureller Arbeit erst dann, wenn er imstande ist, dem Fluidum des geistigen Lebens, das sich hinter diesen Zahlen verbirgt, nachzuspüren, wenn er z. B. weiß, daß 100 000 Entleihungen im Jahr 1913 nicht dasselbe darstellen wie 100 000 Entleihungen im Jahre 1966, denn 1966 entfallen über 50 Prozent der Entleihungen auf Sach- und

wissenschaftliche Literatur, und außerdem ist der Gehalt der sogenannten Schönliteratur in der öffentlichen Bücherei heute von anderem und höherem Karat als vor fünfzig Jahren. Weiter muß der Betrachter solcher Zahlen im Detail wissen, daß der Besuch einer Buchausstellung, wenn er mit achthundert Personen im Schnitt anzugeben ist, hinsichtlich einer großen Zahl von Besuchern dahingehend differenziert zu bewerten ist, daß es Besucher gibt, die stundenlang mit einer solchen Ausstellung „arbeiten“, während andere nur einen Blick auf sie werfen; sie werden aber in der gleichen Weise gezählt. Um schließlich noch einen modernen Teil der Büchereiarbeit zu streifen: Es besteht ein Unterschied zwischen jenen zwanzig Schallplattenhörern, die eine musikalische Platte nur hören, und jenen acht, die den Inhalt einer politischen Schallplatte in gründlicher Diskussion unter sachkundiger Leitung besprechen. Derjenige also, der die folgenden Gesamtziffern sowie die Analysen einzelner interessanter Zahlenverhältnisse auf ihre innere Bedeutung hin liest, wird die kulturelle Tätigkeit der beiden genannten Institute, nämlich der Stadtbücherei und der Volkshochschule, richtig einschätzen.

II

Das Bild vom Wurf, den die neue Stadtbücherei in das kulturelle Leben Flensburgs hinein tat, leitete 1964 die gründlichen Erläuterungen der statistischen Ergebnisse ein; da jeder Wurf ein Fall ist und irgendwann zu Boden muß, galt ihm die Grundstimmung einer optimistischen Skepsis. Die Vorsicht des Anfangs, die knappe Vertrautheit mit der Wirkung der eignen neuen Mittel ist einer gewissen Sicherheit und Bewußtheit gewichen; die Zahlen des ersten Jahrfünfts sind in wichtigen Bereichen besser, als man bei der Eröffnung des neuen Hauses vermuten durfte, die — optimistische Skepsis — bekam ihm gut.

Seine Leser — aus der großen und der kleinen Freihandbücherei — sind heute zahlreicher als damals (6 582 : 6 833). Obwohl die Neubaulockung inzwischen doch ihren Magnetismus eingebüßt haben muß, werden die Verleihzahlen jenes ersten Elf-Monate-Jahres noch heute von der Summe beider Ausgabefelder überboten (128 802 : 138 503).

Die natürliche fallende Tendenz des Wurfs wurde also in diesen fünf Jahren mit immer neuen Impulsen aufgeladen; schauen wir im einzelnen, was die Zahlen bedeuten (s. nebenstehende Tabelle):

BÜCHER / LESER / ENTLEIHUNGEN

	Haupthaus E	Jugend	Mürwik	Weiche	Fruerlund	Gesamtbestand
BÜCHER						
1962	41 768	5 158	3 883	3 669	4 487	58 965

1963	43 260	5 478	4 130	3 381	4 454	60 703
1964	44 264	5 329	4 000	3 450	3 792	60 835
1965	45 624	5 659	4 114	3 621	4 010	63 028
1966	47 119	5 789	4 185	3 704	4 119	64 916

LESER

1962	5 411	1 171	532	493	696	8 303
1963	5 236	1 369	494	484	521	8 104
1964	5 398	1 346	498	438	535	8 215
1965	5 609	1 243	426	400	481	8 159
1966	5 550	1 283	392	459	419	8 103

ENTLEIHUNGEN

1962	90 586	38 216	17 537	15 055	20 441	181 835
1963	107 599	41 989	18 138	14 458	17 987	200 171
1964	111 360	37 674	16 700	13 963	18 845	198 542
1965	111 034	34 009	13 797	12 592	16 824	188 256
1966	107 586	30 917	12 509	13 616	14 757	179 385

ALLGEMEINE KULTURELLE ARBEIT

(büchereieigene und Gastveranstaltungen)

	Ausstellung	Besich- tigung	Hörstunde	Vortrag	Vermietung	
1962	1 322	1 005		2 563		4 890
1963	2 651	1 254	716	4 224	898	9 743
1964	3 978	519	835	3 839	897	10 068
1965	3 931	436	544	3 286	2 409	10 776
			Vorlesen 170			
1966	8 510	326	408	4 052	1 616	14 912

KULTURELLE KONTAKTE INSGESAMT

1962: 209 021	1963: 241 820	1964: 249 122	1965: 238 002	1966: 215 031
---------------	---------------	---------------	---------------	---------------

III

BÜCHER

Der Buchbestand ist in den fünf Jahren des neuen Hauses um die absolute Zahl von 5 951 angestiegen; im Sinne des „soliden wissenschaftlichen Grundbestandes“, den der Städtetag auf seiner Trierer Tagung empfahl, eine abnorm bescheidene Zahl.

Dieser absolute Zuwachs floß mit 5 351 Bänden fast ausschließlich der großen Freihandbücherei zu; die Kinder- und Jugendbücherei und die drei Zweigstellen hatten ihre Bestände nachdrücklich gelüftet — wozu in den Zweigstellen die Raumnot ohnehin zwingt —, so daß auf sie insgesamt nur ein absolutes Mehr von genau 600 Bänden kommt.

Betrachten wir Zahl und Bewegung des Sachbuchbestandes in der großen Freihandbücherei, dann stellen wir auch in einem finanziell günstigen Jahr wie 1965/66 fest, daß die Erfrischung von Ebbe und Flut nur recht gering ist: Einem knappen Prozent der Löschungen stehen kaum drei Prozent Einkäufe gegenüber! Die weitaus umfangreichste Gruppe, die Geschichte, hat im letzten Jahr eine gründliche Überprüfung erfahren; obwohl die Beständigkeit hier zum Wesen des Themas gehört, wurde sie dabei knapp 300 Bände los, also reichlich 5 Prozent statt der in der Trierer Empfehlung genannten 10 Prozent. Fast 10 Prozent erreichte dagegen die Erdkunde, die in dem Bemühen, sich dem Karussell der politischen und sonstigen Veränderungen anzupassen, über 200 Bände verlor. In den fünf Berichtsjahren haben alle Abteilungen einen solchen verjüngenden Aderlaß absolviert, aber er wurde aus finanziellen und personellen Gründen nicht in jedem wiederholt.

LESER

Sehr erfreulich ist, daß die Zahl der erwachsenen und jugendlichen Leser im Haupthaus sich sehr gesund entwickelt hat. Beweist sie doch das Interesse an der Institution.

Natürlich gibt es viele Leser, die die immer weiterentwickelten Hilfen zu nutzen wissen, die mit dem differenzierten Gerät Bücherei hantieren können, weil sie es wollen. Dies Geschick des Umgangs mit Büchern und deren Karteikarten hat nicht sehr viel mit Vorbildung, desto mehr mit geistiger Bereitschaft, mit gelassenem Wachsein zu tun.

Was dem Bibliothekar das Ersinnen immer neuer Hilfen sauer werden läßt, ist das Desinteresse der „Anspruchsvollen“, die Nörgelei aus Unkenntnis, die mitten in der unentdeckten Fülle sich über Mangel beklagt.

ENTLEIHUNGEN

Ebenso entschieden wie der Vorrang der Geschichte in der Bestandszahl ist die

Spitzenstellung der Naturwissenschaften bei den Entleihungen der Sachbücher. Aber die Technik — mit vielen Sonderzuwendungen bevorzugt gepflegt — ist jener sehr auf den Fersen, sie weist heute die höchste Umlaufzahl auf, worin ihr die Wirtschaft nahekommt.

Die ständigen Bemühungen um die Frische und Lebendigkeit des Sachbuchangebots hatten den Erfolg, daß das Übergewicht des Sachbuches im Verleih mit 51,9 Prozent gehalten werden konnte. Auch die gesamten Leihzahlen der großen Freihandbücherei zeigen eine erfreuliche Beständigkeit, sie sind im letzten Berichtsjahr denen des zweiten — des ersten vollen — fast völlig gleich (107 586), während die dazwischenliegenden Jahre mit derselben Gleichmäßigkeit einen Anstieg um 4 000 aufweisen. Ein Blick auf das Gesamtergebnis zeigt, daß die Zahlen der Jugendbücherei und der Zweigstellen eine fallende Tendenz aufweisen und dies in einem Maße, das, wie früher angekündigt, sorgfältige Beobachtung verlangt. Über die Gründe (Kurzschuljahr, schulische und außerschulische Inanspruchnahme der Kinder, der „Job“) wird man sich klar werden müssen.

Demgegenüber ist jedoch darauf hinzuweisen, daß, obwohl auf einem Teilgebiet diese Verminderung das Gesamtergebnis beeinträchtigen muß, auch im fünften Jahr eine Entleihziffer von rund 180 000 gehalten wurde — jene Ziffer, die man in der Planung vor zehn Jahren als größtmögliche Kapazität des Hauses ansah.

ALLGEMEINE KULTURELLE ARBEIT

Im Jahresbericht für 1965 wurde erstmalig ein Begriff — kulturelle Kontakte — geprägt, durch welchen all das, was im Laufe des Jahres im Hause geschah, ausgedrückt und zahlenmäßig belegt wurde. Obwohl die einzelnen kulturellen Vorgänge zahlenmäßig nicht auf den gleichen Nenner zu bringen sind, möchte man die einzelnen Entleihungen, das Hören einer Schallplatte, den Besuch einer Ausstellung, die Besichtigung des Hauses, den Besuch eines Vortrages, den Besuch des Lesesaals mit Zeitschriften und Zeitungen in einer Einheit zusammenfassen, weil eine solche Zahl dokumentiert, daß sich an jedem Tag von 10 Uhr bis 20 Uhr Publikum im Hause befindet und die Möglichkeiten desselben ausnutzt. Zählen wir einschließlich der Ausleihen alle diese Vorgänge als kulturelle Kontakte zusammen, dann ergibt sich folgendes Bild: 1962: 209 021, 1963: 241 820, 1964: 249 122, 1965: 238 002, 1966: 215 031.

Die Erfahrungen des ersten Jahrfünfts berechtigen zu der Annahme, daß die Zahl der Entleihungen sich zwischen 170 000 bis 180 000 im Jahr bewegen und daß die kulturellen Kontakte ohne die Entleihungen sich auf etwa 20 000 im Jahr beziffern werden. Insbesondere aber ist diese Zahl Schwankungen unterworfen, weil schon eine Ausstellung mehr oder weniger das Jahresergebnis stark beeinflusst und weil dem verschiedenen Charakter der Ausstellungen

entsprechend auch die Besucherzahlen stark schwanken können.

IV

Wie eingangs angedeutet, benötigt man Zahlenergebnisse, um den Umfang der Kulturarbeit zu messen und das Verhältnis von Aufwand und Leistung zu untersuchen. Was die Stadtbücherei angeht, so kann festgestellt werden, daß die verschiedenen statistischen Ergebnisse in Verbindung mit dem finanziellen Aufwand sich recht genau auf der Grundlage der Forderungen bewegen, die die Kommunale Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsvereinfachung in ihrer großen Denkschrift „Kommunale öffentliche Bücherei“ aufgestellt hat. Aus dem Gesamtbild der hier interpretierten Zahlen ergibt sich, daß die Stadtbücherei ihrem gleichbleibenden Auftrag, als Instrument der Ausbildung der Flensburger Bevölkerung zu dienen, ebenso hat gerecht werden können, wie sie auch im Rahmen der allgemeinen Bildung Impulse ausstrahlen konnte. Es haben in den fünf Jahren zahlreiche Besichtigungen, Buchausstellungen und Veranstaltungen der verschiedensten Arten stattgefunden. Zusammen mit den Veranstaltungen der Volkshochschule hat sich ein vielseitiges Leben entwickelt, das in unpräntiöser Weise dazu berechtigt, von dem Hause an den Süderhofenden als von einem Kulturzentrum zu sprechen.

Sowohl in Frankreich als auch in Dänemark ist der Gedanke sogenannter Kulturzentren, das sind Gebäude, die auf allen Gebieten des kulturellen Lebens Anregungen geben sollen, diskutiert worden. In Dänemark war bereits ein entsprechender Gesetzesvorschlag vorgelegt, der freilich im Augenblick wieder zurückgezogen worden ist. Als solche Zentren bieten sich in vieler Beziehung an vielen Orten vorhandene Büchereien und Bibliotheken an. Speziell in Dänemark ist auch daran gedacht, in erster Linie diese dazu zu machen. Wie immer man in den einzelnen europäischen Ländern diese Aufgabe, die zweifelsohne auf die Öffentlichkeit zukommt, anpacken wird, so wird es sich darum handeln, vieles zu bringen, um manchem etwas zu geben. Zugleich aber wird es immer wieder darauf ankommen, viel, nicht vielerlei zu bringen. Genauer gesagt: Der Gedanke der Kulturzentren wird nur dann vertretbar und realisierbar werden, wenn der Grundsatz der unbedingten Qualität in allem, was angeboten wird, beachtet wird. Es handelt sich nicht um Freizeitheime und Hobbystätten. Es ist kein Geheimnis, daß die deutschen und die dänischen Büchereien im Grenzgebiet in einem fruchtbaren Wettstreit jede für sich und gelegentlich auch zusammen arbeiten. Es mag erlaubt sein zu sagen, daß Dansk Centralbibliothek in Flensburg und die Stadtbücherei in Flensburg ohne viel Aufhebens dabei sind, sich ganz natürlich zu kulturellen Zentren zu entwickeln.

Die alte Formel der Büchereiarbeit, daß die Bücherei nützen will mit ihren Büchern — Hilfe zur Ausbildung und zum Studium —, daß sie informieren will —

gesellschaftspolitische Aufgabe — und daß sie zur Daseinserhellung beitragen will — Pflege der großen Literatur —, kann sich nicht besser verwirklichen lassen als gerade dadurch, daß der Gedanke des Kulturzentrums aufgegriffen und verwirklicht wird. Daß das natürlich technisch und personalmäßig einen sehr überlegten Einsatz der Kräfte voraussetzt und nur durch ihn ermöglicht wird, liegt auf der Hand.

V

Der Umzug der Flensburger Volkshochschule e.V. von der Mädchen-Realschule im Südergraben in die neue Stadtbücherei an den Süderhofenden bedeutete zunächst technisch eine ganz erhebliche Verbesserung. Selbstverständlich wird jede Volkshochschule als Idealziel ein eigenes Heim am Horizont sehen, und es ist nicht zu leugnen, daß dann z. B. der Lehrbetrieb in perfektionierter Weise durchzuführen wäre. Es kommt freilich darauf an, wie die Akzente in der Volkshochschule gesetzt werden sollen, denn davon hängt letzten Endes sehr stark die Notwendigkeit eines eigenen Hauses oder die Möglichkeit, sich wie hier in Flensburg zu arrangieren, ab. Die Flensburger Volkshochschule gewann kein eigenes Haus, aber sie handelte etwas anderes dafür ein. Sie kam an eine Hauptstraße und wurde mit der Stadtbücherei zusammen ein Mittelpunkt, aus dem im letzten Jahrfünft jene Impulse ausgingen, von denen die Rede war.

Was über die Zahlen der Stadtbücherei ganz allgemein gesagt wurde, gilt auch für die Zahlen der Volkshochschule. Sie weisen in diesen fünf Jahren in eine besondere Richtung.

	1962	1963	1964	1965	1966
1. Gesamtzahl der Hörer	4 345	4 102	3 876	4 298	4 453
2. Besucher der Mittwochvorträge und Einzelveranstaltungen	1 313	1 889	1 618	2 067	2 103
3. Teilnehmer an geisteswissen- schaftlichen Kursen	1 112	837	676	775	642
4. Teilnehmer an Sprachkursen	946	913	870	722	597
5. Teilnehmer an Exkursionen					
a) Tagesreisen	168	134	288	68	124
b) Großreisen	116	52	68	95	120
6. Abonnenten	66	119	128	110	108

Was lehren uns diese Zahlenreihen?

Die Reihe 1 zeigt zunächst, daß das Interesse an der Volkshochschule gleichbleibend stark war. Im übrigen aber enthält sie sehr heterogene Einheiten und ist weniger interessant als die Reihen 2, 3 und 4. Diese besagen nämlich, daß die Zahl der Besucher der Mittwochvorträge und Einzelveranstaltungen um 37,5 Prozent gestiegen ist, während die Zahl der Teilnehmer an geisteswissenschaftlichen Kursen und an Sprachkursen um 470 bzw. 42,2 Prozent gesunken ist. Das Interesse ist also gleichbleibend stark, aber der Wille zur aktiven Mitarbeit, zum Lernen scheint abzunehmen. Man muß annehmen, daß der Hörer sich nicht über eine längere Zeit binden will; daraus folgt dann aber verständlicherweise, daß auch der Dozent keine großen Vorarbeiten treffen will, da er nie weiß, ob sein Kursus mit der vorgeschriebenen Teilnehmerzahl zustande kommt oder nicht.

Kurse der Reihe 3 und 4 waren sicher vor Jahrzehnten ein unabdingbarer Bestandteil der Volkshochschularbeit. Heute scheinen sie es jedenfalls nicht an allen Orten zu sein, weil die Differenzierung des Schulwesens zu manchen anderen und zum Teil vielleicht besseren Möglichkeiten geführt hat. Wenn das neuerdings gestartete Experiment der Fernsehkurse mit Abschlußzeugnissen oder gar Berechtigungsscheinen zum Erfolg führt, dürfte sich diese Entwicklung verstärken. Freilich muß hier auf die Reihe 6 verwiesen werden, stellt sie doch Teilnehmer dar, die unter besonderen Bedingungen das Recht erwerben, an „schwierigen“ Kursen teilzunehmen, ohne sich zu binden. Die Teilnehmerzahl in 3 und 4 liegt also tatsächlich höher. Aber gleichfalls verstärkt sich die Problematik dieser Unternehmung auf pädagogischem Gebiet.

Um so bedeutsamer ist die Steigerung, die die Reihe 2 ausweist. Hier zeigt sich, daß der alte Auftrag der Volkshochschule erfüllt werden kann, wenn man bestimmte Tendenzen der Zeit berücksichtigt. Hier ist es nämlich nach wie vor die menschliche Begegnung, die eine entscheidende Rolle spielt: die Begegnung zwischen bedeutenden Sprechern und wirklich interessierten Hörern. Hier ist, wenn auch anders als einst, das Fluidum zwischen Hörern und Dozenten geblieben. Wenn man sich nun bemüht, etwa dreißig Einzelveranstaltungen, große und kleine, wirklich auf einen Nenner zu bringen, dabei die Gefahren des Startums vermeidet, dann kann man erreichen, daß die Volkshochschule das vielzitierte und doch so oft nicht verwirklichte Forum wird — und dabei ihrem alten Grundsatz der Kontinuität, der Systematik und der Qualität treu bleibt. Insbesondere sind hier die „Abonnementen“ eigentlich „Hörer“ einer einzigen großen Vorlesung.

Wie sieht diese Situation, von den Kosten her gesehen, aus?

In Flensburg kostete 1966 jeder Besucher der Mittwoch- und Einzelvorträge die

Volkshochschule 1,68 DM, ungerechnet die Personal- und Sachkosten des Büros. Es dürfte dies eine interessante Zahl sein, wenn man bedenkt, daß diese Summe etwa derjenigen gleicht, die heute die Entleihung eines einzelnen Bandes einer modernen Stadtbücherei kostet. Im Vergleich zu den Kosten, die Vorlesungen und Sprachkurse verursachen, ist der höhere Aufwand gering, denn einen „Überschuß“ ergeben nur die Anfängerkurse in den Sprachen, während schon die Mittelstufe und erst recht die Vorlesungen auf dem Gebiete der Geisteswissenschaften nicht unerhebliche Unterschüsse bringen, ganz abgesehen von der pädagogisch gravierenden Tatsache, daß höchstens die Hälfte der eingetragenen Hörer durchhält. Auch dies ein Beitrag zum Thema vom Wert und Unwert der Statistik. Das Beispiel soll nur zeigen, daß der Sprachunterricht in der Volkshochschule sinnvollerweise sich selbst tragen müßte, es aber leider nicht kann, und daß die Einzelveranstaltungen keineswegs unverhältnismäßig teuer sind.

Wir sind uns darüber klar, daß manches an dieser Verlegung der Akzente vom pädagogischen Standpunkt aus schmerzlich ist. Aber nicht nur die Vorlesungen enthalten ein gemeinschaftliches Erlebnis und haben einen pädagogischen Wert, auch die Einzelveranstaltungen können im Sinn der klassischen Volkshochschulkonzeption entwickelt werden. Sie müssen es auf jeden Fall dort, wo die soziale Struktur oder die kulturpolitischen Verhältnisse des Ortes es verlangen. Fest steht, daß eine Volkshochschule, die zugleich sehr stark als Lehrbetrieb arbeitet, nicht billig ist. Auf jeden Fall braucht sie einen pädagogischen Direktor, und die Frage der neben- oder ehrenamtlichen Leitung ist hier sehr problematisch. Auf jeden Fall ist ein solcher Betrieb teurer als der einer Volkshochschule, die im wesentlichen das Gespräch will — und auf diese Weise auch im Gespräch bleiben will.

Es ist festzustellen, daß die Flensburger Volkshochschule mit geringem Aufwand gearbeitet hat; das bedeutet natürlich nicht, daß alle Wünsche erfüllt sind. Vor allem der Wunsch, daß der städtische Zuschuß aufgestockt werden möge. Er ist, gemessen an anderen Städten des Landes, sehr gering, und es ist nicht richtig, den glücklicherweise noch vorhandenen Idealismus allzusehr zu strapazieren. Jedoch wissen alle Verantwortlichen, daß gespart werden muß und daß die Kunst darin besteht, mit wenig Mitteln viel zu erreichen.

Alle diese nüchternen Erfahrungstatsachen lassen es als notwendig erscheinen, erneut die Frage nach Gestalt und Gehalt der Abendvolkshochschule zu stellen. Bei der zu gebenden Antwort wird man immer von der Größe einer Stadt und von ihrer besonderen geistigen Struktur ausgehen müssen. Die Grunderfahrung der fünf Jahre in Flensburg besteht darin, daß der Lehr- und Lernbetrieb nur bescheidene Erfolge erzielte. Das mag zunächst daran liegen, daß vorzügliche Lehranstalten verschiedenster Art die verschiedensten Kurse anbieten. Außerdem

muß für Flensburg an das reichhaltige Angebot der dänischen Kulturinstitutionen in diesem Zusammenhang gedacht werden. Die Gründe dafür, daß das Interesse an den Kursen geschwunden ist, mögen allerdings noch tiefer liegen.

Um so ermutigender ist für Flensburg der Zuspruch zu den Einzel- und Mittwochvorträgen. Aus diesem Grunde darf das Ergebnis vielleicht Interesse beanspruchen, und es kann festgestellt werden, daß die Flensburger Arbeit stark aus Gedankengängen lebt, die z. B. auch der Kulturdezernent der Stadt Bonn, Dr. Schroers, im Heft 9 der Kulturarbeit 1966 erörterte. Dr. Schroers meint, daß die Volkshochschule die Aufgaben einer lebenslangen Berufsausbildung und Umschulung ohne völlig andere Voraussetzungen im Organisatorischen und Finanziellen gar nicht bewältigen kann. Er meint weiter, daß solche Voraussetzungen längst in dem hochentwickelten deutschen Berufsschulwesen liegen, und fragt, warum das vergessen wird. Er macht den interessanten Vorschlag, daß sich alle Berechtigungsschulen in diesem Sinn ausweiten und umorientieren könnten, und sagt wörtlich: „So eng heutzutage allgemeine Bildung und Berufsausbildung miteinander verbunden sein mögen, institutionell völlig zusammenwerfen kann man die beiden Vorgänge nicht, sie verlören ihre Eigenständigkeit und machten das Leben noch berufsgebundener, als es schon ist.“

Unseres Erachtens ist hier ein Kernthema angeschnitten worden. Wenn wir in Schleswig-Holstein auf das eindrucksvolle Beispiel von Kiel und Lübeck sehen, dann müssen wir freilich anerkennen, daß hier eine andere Konzeption wirksam wurde, die jedoch sicher ganz stark auch aus den Notwendigkeiten der Großstädte zu verstehen ist. Jedoch auch in Kiel hat eine gewisse Umstrukturierung durch eine Art von Verselbständigung von Teilen der Volkshochschuleinrichtungen stattgefunden. In Flensburg wurde der Flensburger Studienkreis gegründet, der eine Arbeitsgemeinschaft des Deutschen Grenzvereins, des Grenzfriedensbundes und der Volkshochschule darstellt. Auch dies ist eine gewisse Umstrukturierung aus lokalen Notwendigkeiten heraus. Die kommenden Erfahrungen werden uns zeigen, ob wir unsere Arbeit richtig eingerichtet haben. Überblickt man die interessante und komponierte Reihe der behandelten Themen, die sorgfältige Auswahl der Vortragenden, dann kann abschließend festgestellt werden, daß in der Tat jene Atmosphäre des mitbürgerlichen Gesprächs entstand, das nicht nur Teilnehmer von beiden Seiten der Grenze interessierte und wirklich zusammenführte, sondern das im Sinne eines Wortes von F. E. Peters lebendiges Studien- und Volkshochschulklima mit sich führte: „Damit ist nun aber beileibe nicht gesagt, daß im Gespräch um der Harmonie willen jeder jedem nach dem Munde reden müßte. Im rechten Gespräch ist die kämpferische Bewegung der Musik. Immer wieder muß die Sonne mit Wolken ringen, immer wieder wird der harmonische Fluß durch disharmonische Stauungen unterbrochen. Jeder

Gesprächsteilnehmer aber, ob er gleich nur seine Stimme vor sich hat, weiß in jedem Augenblick um seine Verpflichtungen gegenüber der Partitur.“

Mit dieser Feststellung soll dieser Bericht beschlossen werden, nicht ohne ausdrücklich zu unterstreichen, daß zwar eine Gesprächsatmosphäre sich entwickelt hat, daß es jedoch darauf ankommen wird, mehr als bisher auch in dieser Form der Arbeit die Gelegenheit zu einer Diskussion zwischen den Sprechern und den Hörern zu schaffen. Erst dann wird man die hier entwickelte Arbeitsform uneingeschränkt bejahen dürfen.

NATÜRLICHE KULTURZENTREN (Eine dänische Stimme)

Im dänischen Kultusministerium ist man sich darüber im klaren, daß ein kultureller Bedarf in der Bevölkerung nur durch einen aktiven Einsatz geweckt werden kann. Von selbst kommt das Bedürfnis nach kultureller Betätigung in der Regel nicht bei der großen Mehrzahl, obwohl es latent vorhanden sein kann. Aber dieses Bedürfnis kann mit einemmal Zutage treten, wenn man praktische Möglichkeiten schafft, um ihm entgegenzukommen.

Niemand behauptet, daß Kulturzentren Paläste sein müssen, die Millionenbeträge kosten. Ein kleiner, oft sogar ein sehr bescheidener Rahmen kann genügen. In manchen Fällen werden örtliche Bibliotheksgebäude u. ä. für diesen Zweck gut geeignet sein. Ein solches — ideales! — Kulturzentrum ist z.B. durch untraditionelle eigene Initiative in dem Gebäude von Dansk Centralbibliotek in Flensburg entstanden. Es gilt nicht so sehr, das Land mit einem engmaschigen Netz von kostspieligen Kulturzentren zu überziehen, als natürliche Kulturzentren zu bilden, von denen aus sich ein wachsender Bedarf in der Bevölkerung allmählich entwickeln kann.

W. L. in „Flensburg Avis“ vom 28. Januar 1967

Am 19. März 1967 verstarb unser Ehrenvorsitzender, Landesdirektor i. R.

JENS NYDAHL

Er war Mitbegründer des Grenzfriedensbundes im Jahre 1950 und hatte ein Jahrzehnt das Amt des ersten Vorsitzenden inne. Nachdem er von 1948-1951 als Landesdirektor verantwortlich an den Grundlagen und der Praxis einer positiven Minderheitenpolitik mitgearbeitet hatte, widmete er sich als Vorsitzender unseres Bundes der Verwirklichung seiner konstruktiven Gedanken. Diese Gedanken waren durch die Auffassung gekennzeichnet, daß es nach den Spannungen in der Geschichte des Grenzlandes möglich sein müsse, eine Atmosphäre gegenseitigen politischen Respektes und nachbarschaftlicher Kontakte zu finden. Daß auf diesem Wege Erfolge verzeichnet wurden, ist ein Verdienst Jens Nydahls, dem wir als einem hervorragenden und liebenswerten Sohn unserer Heimat in Dankbarkeit ein ehrendes Gedenken bewahren werden.

Für den Vorstand und alle Mitglieder
des Grenzfriedensbundes
Dr. Hans Peter Johannsen

Die Mitgliederversammlung 1967 des Grenzfriedensbundes

*findet statt am Sonnabend, dem 15. April 1967, um 10 Uhr
in Husum im Handwerkervereinshaus, Süderstraße 97.*

- 10 Uhr Begrüßung, Berichte, Aussprache, Entlastung des Vorstandes,
Vorstandswahlen
- 11.30 Uhr Theodor Steltzer, Oberpräsident i. R.:
„Die Anfänge des Landes Schleswig-Holstein“
- 12.30 Uhr Gemeinsames Mittagessen
- 14 Uhr Dr. Hans Peter Johannsen:
„Die Elbherzogtümer / Das Land Schleswig-Holstein“
Vortrag mit Lichtbildern

Die schriftliche Einladung ist allen Mitgliedern zugesandt worden. Um einen geordneten Ablauf der Versammlung zu ermöglichen, wird um Teilnahmemeldung bis zum 8. April 1967 gebeten.

Der Vorstand des Grenzfriedensbundes

Ernst Harms 75 Jahre

Am 27. April d. J. kann Ernst Harms, geschäftsführ. Vorstandsmitglied des Grenzfriedensbundes, seinen 75. Geburtstag feiern. Der Vorstand wird nach Möglichkeit vollzählig zur Gratulation erscheinen; der Unterzeichnete weiß sich aber sowohl mit den Mitgliedern des Vorstandes als auch mit allen Mitgliedern des Grenzfriedensbundes einig, wenn er an dieser Stelle und aus Anlaß des bevorstehenden Geburtstages Gelegenheit nimmt, das Wort bzw. die Feder zu ergreifen. Denn es besteht sehr die Veranlassung, Ernst Harms einmal auch in der Öffentlichkeit zu bestätigen, daß Vorstand und Mitglieder und darüber hinaus viele Menschen der engeren Heimat ihm zu herzlichem Dank verpflichtet sind. Ernst Harms gehört zu den Stillen im Lande und verkörpert die besten Tugenden eines Beamtenstandes, der im Laufe der Jahrzehnte mehr gelobt als kritisiert worden ist — und das aus gutem Grunde. Er wurde 1892 in Norderdithmarschen als Sohn eines Lehrers geboren. 1910 begann seine Ausbildung für die gehobene mittlere Beamtenlaufbahn am Landratsamt in Heide; sie führte ihn über die staatliche Kreiskasse in Meldorf, die Regierung und die Regierungshauptkasse in Schleswig zu einem sehr ehrenvollen Abschluß: Ernst Harms wurde 1916 durch den preußischen Innenminister wegen guter Leistung von der Prüfung befreit. Er nahm von 1916 bis 1918 am

ersten Weltkrieg teil und erhielt das EK II. Seine Tätigkeit im öffentlichen Dienst fand ihre Krönung darin, daß er von 1923 bis 1946 leitender Bürobeamter beim Landratsamt in Husum war. Nachdem er 1946 in den Ruhestand getreten war, führte er seit der Gründung des Grenzfriedensbundes die täglichen Bürogeschäfte und die Kasse und ist heute als geschäftsführendes Vorstandsmitglied des Bundes tätig. Im Grenzfriedensbund hat Herr Harms gewissermaßen zum zweiten Mal eine Lebensaufgabe angepackt und durchgeführt. Er besitzt alle Voraussetzungen für die sachgerechte Erledigung der Geschäfte eines Grenzverbandes, bei welcher sich der praktische Sinn mit dem Gefühl für die Imponderabilien paaren muß. Hier muß man Ja oder Nein sagen können. Sagt man aber das eine oder das andere, dann muß man dies vor sich und den anderen verantworten können. Diese Kunst beherrscht Ernst Harms. Sein verständnisvoller Einsatz in der Sozialarbeit ist ebenso bedeutend für den Bund geworden wie sein Verständnis für dessen kulturpolitische Ziele. Dafür sei ihm an dieser Stelle gedankt.

Dr. Johannsen, Vorsitzender

Mitgliederwerbung des
Grenzfriedensbundes

Im Herbst 1966 haben wir eine

Mitgliederwerbung durchgeführt. Der Erfolg muß mit 203 Neuanmeldungen als zufriedenstellend bezeichnet werden. Demgegenüber sind 48 Austritte zu verzeichnen, die entstanden sind durch Fortzug, wegen vorgerückten Alters, Krankheit u. ä. Die Mitgliederzahl betrug am Ende des Jahres 1966 1040 (920) Einzelmitglieder, 230 (195) Organisationen und Verbände, zusammen 1270 (1115) Mitglieder, das ist ein Mehr von 155 Mitgliedern (siehe hierzu die diesem Heft beiliegende Mitgliederliste).